

# Sand im Getriebe

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

**Sondernummer - Juni 2020**

## Leben

### in Zeiten des Corona-Virus (3)

Die Sondernummer 3 fasst thematisch die Dokumente und Links zusammen, die auf der Sonderseite <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/leben-in-zeiten-des-corona-virus/> chronologisch (25. Mai bis 30. Juni 2020) veröffentlicht wurden.  
(1. bis 25. April 2020 : [Nr.1](#) und 26. April bis 24. Mai : [Nr.2](#)).

<p><b>Corona trifft Süden</b> (Armut und Hunger) „Die Pandemie ist global – Sie trifft vor allem die Armen“ Situation in Afrika / <b>Schulden im Globalen Süden:</b> OXFAM Deutschland: Offener Brief an Olaf Scholz</p>	2
<p><b>UN: Resolution für Corona-Waffenruhe angenommen</b></p>	3
<p><b>Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie:</b> in Kuba / Kerala (Indien)</p>	4
<p><b>Walden Bello:</b> The Race to Replace a Dying Neoliberalism</p>	6
<p><b>Degrowth:</b> Neue Wurzeln für die Wirtschaft</p>	6
<p><b>Offener Brief zu ISDS und COVID-19</b></p>	7
<p><b>Rund um die Welt – Kurznachrichten</b> (Lateinamerika – Indien - USA – Italien – Spanien – Österreich – Schweiz )</p>	8
<p><b>Europa</b> <b>EU-Recovery-Plan:</b> Erklärung des europäischen Attac-Netzwerks Attac Österreich : “Ein Werkzeug zur Umsetzung neoliberaler Kürzungspolitik”</p>	10
<p><b>Europarat: Lehren aus dem Umgang mit der Covid-19-Pandemie</b></p>	12
<p><b>Deutschland</b> Pandemie im Spätkapitalismus - <b>Armut und Ausbeutung machen krank</b> <b>Solidarität</b> in Zeiten von Corona und <b>linke Widerstandsstrukturen</b> <b>Gesundheitsversorgung</b> in Deutschland / <b>Flüchtlingspolitische Anliegen</b> FifF : <b>Corona-App</b> kann als Eintrittskarte missbraucht werden „Rettung der Lufthansa“? / <b>Elektro-Autos</b> sind keine Alternative <b>KONJUNKTURPAKET</b> der deutschen Bundesregierung, Juni 2020</p>	13 14 15 16 17 18
<p><b>Frankreich</b> <b>Aktionen und Streiks des Pflegepersonals / Bündnis „Nie Wieder“</b> <b>17. Juni 2020: Aktionstag gegen die weitere Vergiftung der Welt /</b> <b>Bürgerkonvent über das Klima / Vorfahrt fürs Rad</b></p>	19 20

# Corona trifft Süden

## Ina Sembdner, Jungewelt UN-Armutsbericht prognostiziert wieder globalen Anstieg extremer Armut

13. Juni 2020 - Die Aussichten sind verheerend: Angesichts der Coronakrise befürchten UN-Forscher, dass die Pandemie erstmals seit 30 Jahren für eine Trendwende in der globalen Armutsbekämpfung sorgen könnte. Wie aus einer am 12. Juni veröffentlichten Studie der Universität der Vereinten Nationen (UNU-WIDER) hervorgeht, könnten **395 Millionen Menschen** infolge der Krise **in extreme Armut stürzen** – nach Weltbank-Kriterien also von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag leben müssen. Das würde einen Anstieg auf mehr als eine Milliarde Menschen bedeuten. (...) Andy Sumner, einer der Studienautoren, warnte daher: »Die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung könnten um 20 bis 30 Jahre zurückgeworfen werden«, sollten die Regierungen nicht schnellstens gegensteuern. Dabei im Fokus: die reichsten Nationen, die sich als »G 7« zusammengeschlossen haben und deren Gipfel ursprünglich diese Woche in Washington hätte stattfinden sollen.

**Allein 0,63 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) wären ausreichend, um die extreme Armut nach der Pandemie zu beenden**, so das Fazit der Studie. Zum Vergleich: 2019 gaben die G 7 im Durchschnitt 1,7 Prozent ihres BIP für das Aufrüsten ihres Militärs aus.

Besorgniserregend sind die Ergebnisse der Studie aber auch hinsichtlich der Millionen von Menschen, die zwar der extremen Armut entkommen seien, sich aber gerade so **in prekären Verhältnissen** halten könnten. Rückfälle seien vor allem dort wahrscheinlich. (...) Zwei Drittel der Menschen, die den Prognosen der UN-Forschern zufolge in extreme Armut abrutschen werden, leben in Ländern wie Indonesien, den Philippinen und Bangladesch.

Vor allem **Kinder**, und hier insbesondere Mädchen, sind Leidtragende von Armut, Krieg und Krisen und auch in der jetzigen Pandemie am gefährdetsten. Wie die Hilfsorganisation »Save the Children« am Freitag mitteilte, seien allein im vom Westen in einen unendlichen Krieg gezogenen Afghanistan mehr als acht Millionen Kinder durch die jetzige Krise auf humanitäre Hilfe angewiesen. (...)

Und auch die Prognosen des am Freitag anlässlich des Welttags gegen **Kinderarbeit** vorgestellten Berichts des UN-Kinderhilfswerks UNICEF und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sagen ein Rollback im Kampf gegen diese Form der Ausbeutung voraus. Allein die Schulschließungen, die mehr als eine Milliarde Kinder weltweit betreffen, hätten bereits nachweislich zu einem Anstieg der Kinderarbeit geführt. Nach den jüngsten ILO-Schätzungen von 2017 waren im Zeitraum von 2012 bis 2016 rund 152 Millionen Kinder dazu gezwungen, arbeiten zu gehen – 73 Millionen davon unter gefährlichen Bedingungen.

Nicht zuletzt befürchten die UN-Forscher angesichts aktueller Entwicklungen **eine neue Form von Ungleichheit**:

»Werden wir am Ende in einer neuen Covid-19-Apartheid leben, in der geimpfte und nicht geimpfte Menschen in getrennten Gebieten leben und auf unterschiedlichen Arbeitsmärkten arbeiten?« – [JW](#)

## GRAIN

### Millions forced to choose between hunger or Covid-19

[Bericht](#) (Übersetzung erscheint in SiG137)

The shutdown of much of the world economy since March 2020 has meant that many people are confined to their homes or their communities and cannot work (...). These measures seem to have been implemented without much thought about the actual workings of food systems. Farmers have been mostly able (not always) to continue working on their farms, but they lack labour – precisely when it's harvest or birthing time in many parts of the world – and the means to move produce and livestock off the farm to cooperatives, collection points, slaughterhouses, traders or markets. Closures of schools, offices and restaurants have choked the system, leading to enormous waste. As a consequence, milk is being dumped, animals are being euthanised and crops are being ploughed into the soil. (...) Meanwhile food companies have been granted lockdown exemptions that have greatly exacerbated the health crisis, without necessarily keeping people [fed](#). Some of the world's worst outbreaks of Covid-19 have been at meat processing plants owned by multinational corporations in Brazil, Canada, Spain, Germany and the US. (...) The saying "I would rather die of coronavirus than hunger" is commonly heard in Haiti, Angola, Lebanon, Democratic Republic of Congo, Mayotte, India and Latin America (...)

#### Creative community responses

One of the first measures many authorities took to halt the spread of coronavirus was to shut down restaurants, cafés, food stalls and fresh markets. As a response, communities have devised many other ways to get food to where it is needed, often using social media. (...) Farmers have also devised innovative ways to sell and move their produce. In Europe, they have started home sales, deliveries to hospitals and online sales, in addition to connecting with consumers directly through community-supported agriculture schemes and farmers' markets.

#### Shift to community-based food systems

To prevent the disaster that both ILO and WFP are warning us about, we would call for three kinds of measures.

Immediate: **1) Resource community initiatives:** (...)

Longer term:

**2) Improve conditions for farmers and workers:** (...)

**3) Rebuild public food systems:** (...)

If one thing positive comes from this crisis, it could be that we regain and reassert public systems in our countries, after decades of privatisation and encroaching corporate control. These systems should support and build on solutions that local communities are already providing. Food, like health, is a crucial place to start.

**Lateinamerika droht Hungerpandemie -  
[Amerika21](#)**

## Corona weltweit:

# „Die Pandemie ist global - Sie trifft vor allem die Armen“

Zur [Karte](#) der John Hopkins Universität:

„Die offiziellen Zahlen sind hochgradig unzuverlässig. Die Testtätigkeit ist ungenügend und nur ein Bruchteil der an COVID-19 Verstorbenen wird erfasst. Die meisten Erkrankten suchen kein Krankenhaus auf. Die abrupt ansteigenden und weit überdurchschnittlichen Sterbefälle sowie die Massenbestattungen auf extra einbürgerichten Friedhöfen in vielen Städten zeigen, dass die tatsächlichen Opferzahlen um ein Vielfaches höher sind als die Zahlen der Regierungen vermuten lassen“ [Info Faktenscheck Nr2](#)

## Afrika

(...) Laut einer Auswertung der Johns-Hopkins-Universität breitet sich das Coronavirus in Afrika langsamer aus als auf anderen Kontinenten. Das könnte aber auch an den wenigen durchgeführten Tests liegen, die die Ausbreitung in den afrikanischen Ländern verzerren. (...) Ein Problem sei, dass es in manchen Staaten an medizinischen Materialien fehlt, um überhaupt testen zu können. Das sagte jedenfalls der renommierte Mediziner Robin Wood vom Desmond Tutu HIV-

Zentrum in Südafrika bereits in April. „Der Westen hat die meisten Materialien für die Tests gekauft ..., und wir stehen weiter hinten in der Warteschlange und fragen nach ihnen“, sagte er gegenüber BBC. (...) Die große Angst bestehe darin, dass die Gesundheitssysteme in einzelnen Staaten zu fragil seien und man plötzlich auch ein geringe Zunahme von Infektionen nicht mehr bewältigen könnte.(...) Aufgrund der teils unzureichenden Infrastruktur hat auch nicht jede Person Zugang zu einem Krankenhaus. (...) Hilfsorganisationen fürchten, dass die Ausgangsbeschränkungen zu einigen Kollateralschäden führen könnte. In vielen afrikanischen Ländern würden durch die weitreichenden „Lock-downs“ etwa Routineimpfungen für Kinder ausfallen. (...) Auch der Kampf gegen Aids und Tuberkulose wurde teilweise eingestellt. Dass die Lebensmittelpreise zuletzt gestiegen sind, werde zudem die Zahl der hungernden Menschen erhöhen.(...) [ort.at](#)

**Air pollution likely to make coronavirus worse, say UK government advisers - [Guardian](#)**

## Schulden im Globalen Süden

(mehrere Beiträge /Hinweise in den SiG-Sondernummern [1](#) (S. 21) und [2](#) (S.10) )

### OXFAM Deutschland: [Offener Brief an Olaf Scholz](#)

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Globalen Süden sind verheerend: bis zu 500 Millionen Menschen drohen in Armut abzurutschen, allein in Westafrika sind bis zu 50 Millionen Menschen von Hunger bedroht. Die Schuldenspirale dreht sich unterdessen unerbittlich weiter: Viele Länder geben mehr für die Rückzahlung von Schulden als für Gesundheitsversorgung aus. (...) Wir müssen Länder des Globalen Südens von ihrer Schuldenlast befreien. So können sie in Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Sicherung investieren und später die kostenlose

Bereitstellung des so wichtigen Impfstoffs gegen die Covid-19 für alle Menschen ermöglichen, sobald dieser verfügbar ist.

Wir fordern:

Erlassen Sie alle Schuldendienstzahlungen ärmerer Länder an Deutschland bis mindestens 2022!

Machen Sie Druck auf Weltbank, IWF und private Gläubiger für einen umfassenden Schuldenerlass!

Unterstützen Sie auf internationaler Ebene ein Staateninsolvenzverfahren!

## UN: Resolution für Corona-Waffenruhe angenommen

- [tagesschau.de](#) Die Resolution wurde nach Angaben von Diplomaten einstimmig angenommen. Im Text der Resolution wird eine weltweite Waffenruhe mit Ausnahme der Militäreinsätze gegen Terrorismus verlangt. Gefordert wird auch eine "humanitäre Pause" von mindestens 90 Tagen, damit Hilfsgüter an die betroffenen Bevölkerungen geliefert werden können. Sie unterstützt vor allem die Forderung von UN-Generalsekretär António Guterres, der sich für eine globale Feuerpause in der Pandemie eingesetzt hatte.

Zuvor hatte ein monatelanger Machtkampf zwischen den

USA und China zu einer Blockade geführt: Hauptsächlicher Streitpunkt zwischen Peking und Washington war die Nennung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). US-Präsident Donald Trump wirft der Organisation vor, im Sinne Chinas zu handeln und wollte sie nicht in dem Text erwähnt sehen - Peking dagegen bestand bis zuletzt darauf. Im letzten Entwurf wurde die WHO nicht direkt genannt - die Rede war darin nur von "allen relevanten Teilen des UN-Systems". Außerdem wurde auf eine Resolution der Vollversammlung verwiesen, die die WHO erwähnt.

# Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Helen Yaffe

## Kuba in der Covid-19-Pandemie

Die Antwort des sozialistischen Kuba auf die weltweite Pandemie ist außergewöhnlich, sowohl hinsichtlich des internen Umgangs damit wie auch wegen des internationalen Beitrags -

Die kubanischen Behörden haben schnell auf die von China zu Jahresbeginn bereitgestellten Informationen zu SARS-CoV-2 reagiert. (...) Die kubanischen Gesundheitsbehörden traten in Aktion und organisierten Versammlungen in den Stadtvierteln, führten gleichzeitig Haus für Haus Gesundheits-Checks, Tests und Quarantänemaßnahmen durch und verfolgten die Kontakte nach; all das begleitet von Schulungsprogrammen und täglicher Aktualisierung der Daten. Am 20. März wurden Ausgangsbeschränkungen für die Bevölkerung verfügt und man forderte die Menschen auf, die Abstandsregeln einzuhalten und Masken zu tragen, wenn sie das Haus verlassen, um einer grundlegend wichtigen Arbeit nachzugehen.

Die Steuern für die privaten Geschäfte und der private Schuldendienst wurden ausgesetzt, man garantierte 50 Prozent des Lohnes für die in Krankenhäuser eingelieferten Personen.

Die Haushalte mit niedrigem Einkommen erhielten eine Sozial- und Familienhilfe und bekamen auch Lebensmittel, Medizin und andere Artikel nach Hause geliefert.

In Werkstätten im ganzen Land wurde, angeregt durch eine Volksbewegung der "Heimproduktion", damit begonnen, Masken zu produzieren, und es organisierten sich auf kommunaler Ebene Gruppen der gegenseitigen Hilfe, um die Schwachen und Älteren bei den Lebensmitteleinkäufen zu unterstützen.

Am 24. Mai informierte die Regierung über 82 Todesfälle und weniger als 2.000 bestätigte Infektionsfälle auf Kuba, bei einer Bevölkerung von 11,2 Millionen Einwohnern. Das bedeutet 173 bestätigte Fälle pro eine Million Einwohner, im Vergleich zu 3.907 pro eine Million Einwohner in Großbritannien. Kein Angehöriger des medizinischen Personals ist gestorben, obwohl sich bis Mitte April 92 Personen aus dieser Gruppe infiziert hatten.

### **Fünf charakteristische Merkmalen seiner sozialistischen Entwicklung:**

1. einheitliches, umfassendes und kostenloses öffentliches Gesundheitswesen, das Prävention vor Heilung stellt, mit einem Netz von Familienärzten, die verantwortlich sind für die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung und die mitten unter ihren Patienten leben.

2. bio-pharmazeutische Industrie Kubas, die an den Bedürfnissen der öffentlichen Gesundheit orientiert ist und fast 70 Prozent der im Land verbrauchten Medikamente herstellt und darüber hinaus in 50 Länder exportiert.

3. die Erfahrung der Insel auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und der Reduzierung von Risiken bei Natur- und kli-

mabedingten Katastrophen. Seine international anerkannte Fähigkeit, die nationalen Ressourcen zu mobilisieren, um Menschenleben zu schützen, erlangt Kuba dank eines Netzes von Volksorganisationen, was die Kommunikation und gemeinschaftliche Aktionen erleichtert.

4. die Erfahrung der Insel bei der Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Über Jahrzehnte hinweg hat Kuba medizinisches Fachpersonal in Länder entsandt, die unter infektiösen, auf der Insel seit geraumer Zeit ausgerotteten Krankheiten leiden und hat Zehntausende Menschen aus anderen Ländern eingeladen, in Kuba zu studieren. Das Land verfügt über gut entwickelte Verfahrensweisen, um einreisende Personen unter Quarantäne zu stellen.

5. kubanischer medizinischer Internationalismus, dank dem 400.000 Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich in 164 Ländern kostenlose Gesundheitsfürsorge für die Menschen geleistet haben, denen es daran ermangelte. Als die Pandemie begann, arbeiteten etwa 28.000 Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen in 59 Ländern. Bis Ende Mai waren weitere 2.300 Spezialisten aus den kubanischen Medizinischen Brigaden Henry Reeve für den Einsatz bei Epidemien und Katastrophen in 24 Länder entsandt worden, um Covid-19-Patienten zu behandeln.

### **Die medizinische Grundversorgung – das Rückgrat der kubanischen Antwort (...)**

"Ohne einen frühzeitigen Zugang zu Schnelltests war klar, dass massenweise Tests nicht die erste strategische Option waren. Die medizinische Erstversorgung war es aber zweifellos."

Die kubanischen Behörden stellten sicher, dass alle zum Gesundheitswesen gehörenden Personen – einschließlich des Hilfspersonals – noch vor Feststellung des Virus im Land Schulungen zu Covid-19 erhielten.

Jede Poliklinik schulte auch nicht zum Gesundheitswesen gehörende Menschen in ihrem geografischen Gebiet, an den Arbeitsstätten, die Inhaber kleiner Geschäfte, Vermieter von Wohnungen speziell an Ausländer oder die Verantwortlichen von Kindertagesstätten. Ihnen wurde erklärt, wie sie Symptome erkennen und Schutzmaßnahmen ergreifen können. Als Verstärkung schickte man hochqualifizierte medizinische Fachleute der Polikliniken in die Praxen der Familienärzte.

(...) Sobald die ersten Fälle bestätigt waren, wurden die täglichen Visiten der Familienärzte in den Häusern und Wohnungen ausgeweitet und entwickelten sich zum "wichtigsten Werkzeug" für das aktive Aufspüren von Fällen und um dem Virus zuvorzukommen. Etwa 28.000 Medizinstudenten schlossen sich den Familienärzten an, um diese Besuche Haus für Haus durchzuführen und eventuelle Symptome zu entdecken. Diese Vorgehensweise bedeutet, dass die Lage in der gesamten Bevölkerung erfasst werden kann.

Die Personen, die Symptome zeigen, werden in ihre örtliche Poliklinik zu einer Schnelluntersuchung geschickt. Diejenigen mit Verdacht auf Covid-19 werden in eines der neuen Isolationszentren in den Verwaltungsbezirken geschickt, die es auf der ganzen Insel gibt. Dort müssen sie für maximal 14 Tage bleiben. Während dieser Zeit werden Tests durchgeführt, und sie erhalten medizinische Betreuung. Wenn sich herausstellt, dass es sich um eine andere Atemwegserkrankung handelt, kehren sie nach Hause zurück und müssen für mindestens 14 Tage unter begleitender Grundversorgung in häuslicher Quarantäne bleiben. Die Krankenhäuser bleiben für diejenigen reserviert, die sie wirklich brauchen. Die Fachkräfte der medizinischen Grundversorgung sind auch dafür zuständig, schnell die Kontakte aller Verdachtsfälle aufzuspüren; diese Kontaktpersonen werden getestet und bleiben Zuhause in Quarantäne. Außerdem werden die Häuser und öffentlichen Zugänge der Häuser jener Patienten, die in die Isolationszentren geschickt wurden, gemeinsam mit Familienmitgliedern von „schnellen Einsatzteams“ desinfiziert, die von Direktoren und stellvertretenden Direktoren der Polikliniken zusammengestellt werden. Auch die Praxen der Familienärzte werden täglich desinfiziert. Gleichzeitig kontrolliert das medizinische Personal täglich die Beschäftigten der Hotels, in denen ausländische Bürger untergebracht sind, und die Polikliniken stellen ihnen individuelle Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel zur Verfügung. Die Polikliniken und die Familienärzte sind auch verantwortlich für die 14-tägige Nachbetreuung der aus den Krankenhäusern entlassenen Covid-19-Patienten.

#### **In Kuba produzierte Medikamente**

Der kubanische Leitfaden zur Behandlung der Covid-19-Patienten enthält 22 Medikamente, die Mehrzahl davon auf der Insel produziert. Der Fokus liegt auf der Vorbeugung mit Mitteln zur Verbesserung der angeborenen Immunität. Von Anfang an zeigte sich das Potenzial, das das kubanische antivirale Medikament Heberon hatte, ein rekombinantes Interferon alfa 2b (IFNrec) Dieses biotechnologische Produkt hat seine Wirksamkeit bei Viruserkrankungen wie Hapatitis B und C , beim Zoster Herpes, bei HIV-AIDS und beim Dengue-Fieber unter Beweis gestellt.(...) Dieses Medikament ist noch effizienter, wenn man es präventiv und in den ersten Phasen der Infektion anwendet. In Wuhan, China, nahmen fast 3.000 zum medizinischen Personal gehörende Personen Heberon als vorbeugende Maßnahme mit dem Ziel ein, ihre Immunreaktion zu stärken, und niemand von ihnen infizierte sich mit dem Virus, während 50 Prozent von weiteren 3.300 Ärzten, die dieses Medikament nicht eingenommen hatten, sich mit Covid-19 infizierten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das Johns Hopkins Zentrum und das Weltjournal der Kinderärzte – unter anderen – empfehlen IFNrec aus Kuba in den medizinischen Leitlinien verschiedener Länder. Das Produkt war bereits in Algerien, Argentinien, Chile, Ecuador, Jamaika, Thailand, Venezuela, Vietnam, Yemen und Uruguay registriert. Mitte April waren Anfragen zu seiner Nutzung von rund 80 Ländern eingegangen, und verabreicht wurde es dann von den kubanischen Medizinischen Brigaden Henry Reeve, die im Ausland Covid-19-Patienten behandeln.

Am 14. April wurde bekannt, dass man in Kuba 93,4 Prozent der Covid-19-Patienten mit Heberon behandelt habe, und nur bei 5 Prozent kam es zu schweren Verläufen. Zu diesem Zeitpunkt informierte man, dass die durchschnittliche Sterblichkeitsrate 2,7 Prozent betrug; aber bei den mit Heberon behandelten Patienten waren es nur 0,9 Prozent. Weitere vielversprechende kubanische Medikamente sind: Biomodulin T, ein Immunmodulator, der das Immunsystem gefährdeter Personen stimuliert und der in Kuba seit zwölf Jahren eingesetzt wird, vor allem zur Behandlung von wiederkehrenden Atemwegsinfektionen bei älteren Menschen; der monoklonale Antikörper Itolizumab (Anti-CD6), der zur Behandlung von Lymphomen und Leukämie angewendet wird (...)

Das Unternehmen BioCubaFarma produziert gegenwärtig massenweise Masken, individuelle Schutzausrüstung und medizinische sowie Sanitärprodukte und koordiniert außerdem die staatlichen Unternehmen und die selbstständigen Werkträgern bei den Reparaturarbeiten von lebenswichtigen Ausrüstungsgegenständen, wie etwa den Beatmungsgeräten. Die Bemühungen Kubas, neue Beatmungsgeräte zu kaufen, werden durch die Blockade der USA, die seit fast 60 Jahren auch Nahrungsmittel und Medikamente einschließt., behindert. (...)

Derzeit wird die internationale Forderung nach Beendigung aller Sanktionen, insbesondere gegen Kuba, das seine weltweite Führerschaft im Kampf gegen SRAS-CoV-2 bewiesen hat, immer lauter.

*Helen Yaffe ist Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Glasgow, spezialisiert auf die Entwicklung Kubas und Lateinamerikas*

Mehr: [Amerika21](#)

## **Von Kerala lernen**

**Internationale Medien und die WHO schätzen, dass das Modell der Covid19-Bekämpfung Keralas effektiver ist, als die an anderen Orten angewandten Methoden**  
**Gesundheitsministerin: "Ein menschenzentriertes Gesundheitssystem ist der Schlüssel zur erfolgreichen Bekämpfung von Pandemien"**

*"Auch die reichen Länder können sich im südlichen Indien ein paar Ideen anschauen. Denn mit mehr Intensivbetten und größeren Vorräten an Beatmungsgeräten und Schutzausrüstung wird es nicht getan sein. Seuchen sind nicht allein ein medizinischer, sondern auch ein gesellschaftlicher und ein humanitärer Notfall. Keine Intensivstation kann Prävention und Eindämmung leisten. Das müssen Sozial- und Gesundheitsarbeiter, mobile Kliniken und dezentrale Vorsorgeeinrichtungen tun – ausgestattet und finanziert mit der Maßgabe, dass jeder die Hilfe bekommt, die er braucht. Wer der Meinung ist, in Deutschland funktioniert das schon gut genug, der schaue sich den Umgang mit Flüchtlingen, Obdachlosen oder Schlachthofarbeitern an." ( aus ZEIT ONLINE, 28.5.2020: "Ein kommunistisches Lehrstück für den Rest der Welt") – [Mehr](#)*

# Walden Bello

## The Race to Replace a Dying Neoliberalism

(...) The coronavirus pandemic of 2020, in short, roared through an already destabilized global economic system suffering from a deep crisis of legitimacy. The sense that things had run out of control — certainly out of the control of the traditional political and economic managers — was the first shocking realization. This mass perception of astonishing elite incompetence is now connecting to the already deep-seated feelings of resentment and anger boiling over from the post-financial crisis period.

**So the subjective element, the psychological critical mass, is there. It is a whirlwind that is waiting to be captured by contending political forces. The question is who will succeed in harnessing it.**

The global establishment will, of course, try to bring back the “old normal.” But there is simply too much anger, too much resentment, too much insecurity that have been unleashed. And there’s no forcing the genie back into the bottle. Though for the most part falling short of expectations, the massive fiscal and monetary interventions of capitalist states during the last few weeks have underlined to people what is possible under another system with different priorities and values.

**Neoliberalism is dying; it’s only a question if its passing will be swift or “slow,” as Dani Rodrik characterizes it.**

### Who Will Ride the Tiger?

Only the left and the right are serious contenders in this race to bring about another system.

Progressives have come up with a number of exciting ideas and paradigms developed over the last few decades for how to move towards a truly systemic transformation, and these go beyond the left-wing technocratic Keynesianism identified with Joseph Stiglitz and Paul Krugman. Among these truly radical alternatives are the already mentioned Green New Deal, democratic socialism, degrowth, deglobalization, ecofeminism, food sovereignty, and “Buen Vivir” or “Living Well.”

**The problem is these strategies have not yet been translated into a critical mass on the ground.**

The usual explanation for this is that people are “not ready for them.” But probably more significant as an explanation is that most people still associate these dynamic streams of the left with the center left. (...)

In short, the center-left’s thorough-going compromise with neoliberalism in the North along with progressive parties and states going along with it if not actively adopting neoliberal measures in the South tarnished the progressive spectrum as a whole — even though it was from the non-mainstream, non-state left that the critique of neoliberalism and globalization initially issued in the 1990s and 2000s. It is a dark legacy that must be decisively pushed aside if progressives are to connect with the mass anger and *ressentiment* that are now boiling over and transform it into a positive, liberating force.

Mehr: [focus on the global south](#)

(Die Übersetzung erscheint in SiG 137)

## Erklärung von 69 Organisationen weltweit Degrowth: Neue Wurzeln für die Wirtschaft

*Eine Vision für die Zukunft nach der Corona-Krise*

*Die Coronavirus-Pandemie hat bereits unzählige Menschenleben gefordert und es ist ungewiss, wie sie sich weiterentwickeln wird. Während die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in den Bereichen der Grundversorgung gegen die Ausbreitung des Virus kämpfen, Kranke pflegen und die essenzielle Versorgung aufrechterhalten, ist ein großer Teil der Wirtschaft zum Erliegen gekommen. Während diese Situation für viele lähmend und schmerzhaft ist und Angst und Sorge um geliebte Menschen und Gemeinschaften hervorruft, ist dies auch ein Moment, um gemeinsam neue Ideen zu diskutieren.*

*Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise hat bereits viele Schwächen des wachstumsbesessenen kapitalistischen Wirtschaftssystems offenbart: Unsicherheit für viele, durch jahrelange Sparmaßnahmen geschwächte Gesundheitssys-*

*teme und die mangelnde Wertschätzung für einige der gesellschaftlich grundlegendsten Berufsgruppen. Dieses System, das in der Ausbeutung von Mensch und Natur wurzelt und extrem krisenanfällig ist, wurde dennoch als „normal“ angesehen. Obwohl die Weltwirtschaft mehr produziert als je zuvor, funktioniert sie nicht im Sinne aller Menschen und des Planeten. Stattdessen wird Reichtum gehortet und die Erde verwüstet. Millionen von Kindern sterben jedes Jahr an vermeidbaren Ursachen, 820 Millionen Menschen sind unterernährt, die biologische Vielfalt und Ökosysteme werden zerstört und die Treibhausgase steigen immer weiter an, wodurch eine massive Klimakrise ausgelöst wird: Meeresspiegelanstieg, verheerende Stürme, Dürren und Brände, die ganze Regionen verschlingen. [mehr](#)  
**Degrowth Konferenz in Wien, 29.5. - 1.6.2020:** <https://www.degrowthvienna2020.org>*

**Cities versus Multinationals:** All over the world, and especially in Europe, cities have become a key battleground against the growing reach and power of multinational corporations, argues a new collaborative publication by European civil society and media organisations, part of the ENCO network. [Mehr](#)  
Studie (194 Seiten) : <https://corpwatchers.eu/IMG/pdf/passerelle20-en.pdf>

**"L'avenir est public" (Die Zukunft ist öffentlich):** [Studie](#) über 1400 Fälle von **Rekommunalisierung** in 58 Ländern

# Offener Brief zu ISDS und COVID-19

630 Organisationen aus mehr als 90 Ländern warnen vor drohenden Investorenklagen (ISDS, Investor-State Dispute Settlement) gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Ausländische Investoren könnten vor internationalen Schiedsgerichten Entschädigungen für die staatlichen Maßnahmen gegen Covid-19 fordern. In einem [offenen Brief](#) fordern sie die Regierungen auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Klagen gegen Corona-Maßnahmen zu verhindern.- [Powershift](#)  
Englisches Original: <http://s2bnetwork.org/sign-the-pen-letter-to-governments-on-isds-and-covid-19/>

An die Regierungen:

**Mit diesem Offenen Brief fordern wir Sie dazu auf, Staaten vor Entschädigungsklagen durch Investoren zu schützen, die sich gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise richten.**

Weltweit haben Regierungen Maßnahmen ergriffen, um Leben zu retten, die Pandemie einzudämmen, Arbeitsplätze zu sichern, wirtschaftlichen Katastrophen entgegenzuwirken und um sicherzustellen, dass die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden. Das Ausmaß dieser Maßnahmen ist beispiellos, und ihre Notwendigkeit ist eindeutig. Doch nun könnten Staaten für diese Maßnahmen verklagt werden: Das weitreichende System der Sonderklagerechte für Konzerne (sog. Investor State Dispute Settlement, ISDS) erlaubt es ausländischen Investoren, Entschädigungen in Millionenhöhe für diese Maßnahmen zu fordern. Die Anzahl solcher Klagen könnte ebenfalls beispiellose Ausmaße annehmen, und sie würden Staaten, die bereits unter schweren Gesundheits- und Wirtschaftskrisen leiden, massive finanzielle Belastungen aufbürden.

Sonderklagerechte für Konzerne sind in verschiedenen Formen in vielen Handels- und Investitionsabkommen verankert. Sie ermöglichen es ausländischen Investoren – und nur ausländischen Investoren –, Staaten vor privaten Schiedsgerichten außerhalb des nationalen Rechtssystems auf Entschädigung für bestimmte Maßnahmen zu verklagen. Die Entschädigungssummen sind dabei in der Regel weit höher als die Summen, die vor ordentlichen Gerichten einklagbar wären.

Auch Schiedsgerichtsanwäl\*innen profitieren von diesem ISDS-System. Unter Investoren werben sie bereits dafür, Entschädigungsklagen einzureichen und aus den Maßnahmen, die als Reaktion auf die COVID-19-Krise ergriffen wurden, Profit zu schlagen. Anwaltskanzleien [1], Handelsexpert\*innen [2], UN-Organe [3] und Menschenrechtsexpert\*innen [4] rechnen bereits mit einer bevorstehenden Welle von ISDS-Fällen. Juristische Fachzeitschriften spekulieren, dass die vergangenen Wochen „den Beginn eines Booms“ von ISDS-Fällen markieren könnten.[5] Bereits in der Vergangenheit kam es in Krisensituationen zu einer Häufung von Klagefällen, wie beispielsweise nach der argentinischen Finanzkrise 2001 oder dem Arabischen Frühling 2011.

Investoren könnten beispielsweise gegen folgende Maßnahmen klagen, die viele Regierungen ergriffen haben:

- die Einschränkung und Stilllegung von Geschäftsaktivitäten mit dem Ziel, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und Arbeitnehmer\*innen zu schützen;
- die Sicherung von Kapazitäten im Gesundheitssystem durch die Beschlagnahme privater Krankeneinrichtungen, die Unterstellung privater Gesundheitsdienstleister unter öffentliche Kontrolle oder die Verpflichtung zur Herstellung von Beatmungsgeräten;
- die vorläufige Aussetzung bzw. Stundung von Hypotheken- oder Mietzahlungen für Haushalte und Unternehmen;

- die Verhinderung ausländischer Übernahmen von strategischen Unternehmen, die von der Krise betroffen sind;
- die Gewährleistung des Zugangs zu sauberem Wasser durch das Einfrieren von Wasserrechnungen und das Aussetzen von Abschaltungen;
- die Gewährleistung bezahlbarer Medikamente, Tests und Impfstoffe;
- Umschuldung.

Der Schaden einer COVID-bezogenen Welle von ISDS-Fällen könnte immens sein. Bis Ende 2018 mussten Staaten im Rahmen von ISDS-Schiedssprüchen bzw. -Vergleichen insgesamt über 88 Milliarden US-Dollar an Investoren zahlen.[6] In 13 der 1.023 bekannten ISDS-Fälle betrug die Entschädigungssumme sogar jeweils über 1 Milliarde US-Dollar.[7] Einige Länder des globalen Südens sind derzeit noch mit ISDS-Klagen in Milliardenhöhe konfrontiert.

In einer Zeit, in der die staatlichen Ressourcen als Reaktion auf eine Krise bereits mehr als ausgereizt sind, sollten öffentliche Gelder Leben, Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen retten – und nicht für Anwaltskosten und Entschädigungszahlungen an internationale Konzerne verwendet werden. Angesichts dessen, dass der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie noch andauern wird, könnten ISDS-Klagen auch eine Drohkulisse aufbauen und Regierungen dazu bewegen, Maßnahmen zu verwässern, zu verschieben oder zurückzunehmen.

Um dies zu verhindern, fordern wir die Regierungen weltweit auf, unverzüglich und dringlich die folgenden Schritte zu unternehmen, bevor die ersten ISDS-Klagen eingereicht werden:

1. Nehmen Sie Maßnahmen, die in Reaktion auf die COVID-19-Pandemie erlassen wurden, von der Anwendbarkeit der Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit in all ihren Formen aus.
2. Setzen Sie für die Zeit, in denen Staaten gegen die COVID-19-Pandemie kämpfen, alle ISDS-Verfahren gegen diese Staaten aus, um die Kapazitäten gezielt auf die Bekämpfung der Pandemie konzentrieren zu können.
3. Stellen Sie sicher, dass während der Pandemie keine öffentlichen Gelder ausgegeben werden, um ISDS-Schiedssprüche an Konzerne auszahlend.
4. Verhandeln, unterzeichnen und ratifizieren Sie keine neuen Abkommen, die ISDS beinhalten.
5. Beenden Sie die bestehenden Abkommen, die ISDS beinhalten, und stellen Sie dabei sicher, dass Klagefälle nicht mit Hilfe von „Sunset-Clauses“ noch nachträglich eingereicht werden können.
6. Führen Sie eine umfassende Überprüfung aller bestehenden Abkommen durch, die ISDS beinhalten, um ihre Zweckmäßigkeit zu evaluieren.

Nähere Informationen darüber, wie Regierungen diese Forderungen umsetzen können, finden Sie im Anhang zu diesem Brief.

Wir fordern Sie dringend zum unverzüglichen Handeln auf. Stellen Sie sicher, dass Regierungen ihrer Aufgabe gerecht werden können, im öffentlichen Interesse zu regulieren, und dass sie dabei nicht von ISDS-Klagen eingeschränkt werden.

# Rund um die Welt - Kurznachrichten

SiG-Sondernummer, Mai2020

**Ignacio Ramonet**

(Chefredakteur von *Le Monde Diplomatique* (Spanische Ausgabe) und Autor von „Entwaffnet die Märkte“ (Ursprung von Attac) :

**Konfrontiert mit dem Unbekannten  
- Die Pandemie und das Weltsystem**

## Lateinamerika

**Natalia Figueroa**

**Netzwerke solidarischer Frauen in Chile  
Wie sie sich organisieren, um inmitten  
der Pandemie ihren Nachbarn zu helfen**

Sprecherinnen der territorialen Versammlungen der Gemeinden mit den höchsten Infektionsraten in der Metropolregion Santiago (Independencia, La Florida und der westliche Gürtel Estación Central, Maipú, Pudahuel Sur, Lo Prado und Cerro Navia ) berichten, wie sich die Solidaritätsnetze in diesen Gemeinden herausgebildet haben, um ältere Menschen mit Medikamenten zu versorgen, die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, kommunitäre Küchen angesichts des Mangels an Lebensmitteln aufzubauen und psychologische Betreuung in der virtuellen Welt zu leisten, wenn das Eingeschlossensein erdrückend wird.

Die politischen Whatsapp-Gruppen haben ihre Treffen nicht unterbrochen und ermöglichten es den Leuten, einen Raum zum Austausch zu haben, während die Nachbarn in ihren Wohnungen lebten und tagelang nicht rausgingen. Deshalb sei die emotionale und psychologische Problembewältigung vorrangig gewesen, wie Lissette Lazo Araya (29) erklärt. Für sie persönlich sind diese zwei Monate virtueller Versammlungen merkwürdig gewesen, haben bei ihr aber ein Gefühl der Hoffnung hinterlassen. "Wir haben festgestellt, wie sehr uns das berührt hat. Zuerst war es ein psychologischer Schock, Ablehnung, Widerstand gegen dieses vollständig virtuelle Leben. Aber wir haben die Notwendigkeit erkannt, weiterhin einen Zusammenhalt zu haben", erklärt sie. Die erste Überlegung war, dass ein Teil der psychischen Gesundheit zwischen direkten Nachbarn, die sich gegenseitig unterstützen, geregelt werden könnte. Eine der Vorgehensweisen bestand darin, den von ihnen eingeleiteten Prozessen Kontinuität zu verleihen, die Verbindungen zu stärken und die regelmäßige Kommunikation aufrechtzuerhalten. Auch die Kreativität war dabei von grundlegender Bedeutung. "Wir haben Literatur als Therapie angewandt, wir haben ein kollektives Gedicht verfasst, und das vermittelt ein Gefühl der Wertschätzung für die Aufrechterhaltung der Zuneigung", sagt Lissette. Mehr: [Amerika21](#)

**PowerShift-Podcast** zum EU-Mercosur Abkommen, das eines der Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft sein wird

## **NPLA: Tönnies' Verwandtschaft: Schweinefabriken in Mexiko**

Die sogenannte Viehzucht-Revolution kam mit dem [NAFTA-Freihandelsvertrag](#) (1994) nach Mexiko. Befördert wurde dies durch die Erleichterungen, die das Land aufgrund fehlender Umweltregulierungen, niedriger Lohnkosten und Naturressourcen wie Wasser, sowie der Möglichkeiten des [Land Grabblings](#) für Investitionen bietet. Die wachsende Nachfrage nach tierischen Proteinen wurde von den multinationalen Konzernen, die die weltweite Viehproduktion kontrollieren, ausgenutzt. [Mehr](#)

## Indien

**Breaking the Neoliberal Consensus in a COVID-19 World: An Agenda for India** - Gemeinsame [Erklärung](#) indischer Organisationen

Crowdfunding Kampagne für Wasser in Rojava -[Aufruf-Text](#)

## USA

**USA, Democracy Now:** Outbreak at San Quentin: COVID Is Skyrocketing in CA Prisons. Why Haven't More People Been Released? - [Text](#)

**Menschen aus Irland unterstützen indianische Stämme in den USA, die besonders stark von der Covid-19-Pandemie betroffen sind**

... in Erinnerung an die damalige Unterstützung, als die Menschen in Irland zur Zeit der [großen Hungersnot](#) von indianischen Stämmen finanziell unterstützt wurden. [Le Monde](#)

## Italien

### **Soziale Krise in Italien**

2. Juni 2020 - „Die langen Schlangen vor den Gassenküchen sind Ausdruck der tiefen sozialen Krise, in die auch Italien infolge der Corona-Krise gerutscht ist. Laut der Landwirtschaftsvereinigung Coldiretti sind in den letzten drei Monaten 2.7 Mio. Italiener\*innen in die Armut gefallen; (...) Auch die Caritas berichtet, dass in den letzten Monaten eine 114%-ige Erhöhung der Besucher\*innen von Gassenküchen gezählt wurde. Laut den karitativen Organisationen liegt das Durchschnittsalter der armutsbetroffenen Menschen zwischen 45 und 50 Jahren, in vier von fünf Fällen handelt es sich um Italiener\*innen.



(...) Vor einigen Tagen kritisierte der Präsident des Industrie-Unternehmensverbandes Confindustria Carlo Bonomi die Regierung, die finanziellen Maßnahmen gegen die Krise seien unzureichend, forderte gezieltere Finanzierungen und neue industrielle Beziehungen (weniger nationale Tarifverträge, mehr Bedeutung für die betriebliche Verhandlungsebene).

Tatsächlich wird von allen Seiten – auch von den großen Gewerkschaften – die “soziale Bombe” gefürchtet: Ende August läuft die ordentliche Frist der Kurzarbeit ab, jeden Monat kommen 300.000 befristete Verträge ans Ende und viele Sektoren sind bei weitem noch nicht auf das Vorkrisenniveau zurückgekehrt. So verzeichnete die industrielle Produktion im Mai immer noch einen Rückgang von 33,8% gegenüber dem Vorjahr und für den Tourismussektor, der zwischen 15-20% des BIP ausmacht, müssen noch genauere Regeln für die Wiedereröffnung definiert werden.

Es sind rund 7 Millionen Arbeiter\*innen, die zurzeit Anrecht auf sozialstaatliche Unterstützungsleistungen haben, teilweise jedoch seit Beginn des Lockdowns am 9. März ohne Einkommen leben.

Die Gewerkschaften verlangen zwischenzeitlich die Erweiterung der Kurzarbeit und des Kündigungsverbotes bis auf Ende Jahr 2020; die Unternehmen hingegen fordern mehr Liquiditätshilfe und die Ausweitung der Kurzarbeit um 24 Monate. Das Arbeitsministerium hat angekündigt, zweigleisig zu fahren: In den als strategisch definierten Unternehmen soll die Kurzarbeit ausgeweitet und für die produktive Umstrukturierung und die Reorganisierung der Arbeit verwendet werden; für die Unternehmen hingegen, deren Krise tiefer liegt, sind workfare Massnahmen geplant mit dem Ziel, die “Beschäftigungsfähigkeit” der Arbeiter\*innen zu erhöhen. Ob all diese Maßnahmen reichen werden, um die vom Coronavirus beschleunigte ökonomische Krise auch nur vorübergehen zu lösen, bleibt jedoch äußerst ungewiss“. [Labournet](#)

**Die Bürgermeisterin von Crema (Norditalien)** dankt den kubanischen Ärzten, die dort im Einsatz waren: "Wir waren Schiffbrüchige und ihr habt uns gerettet" - [Text](#) auf französisch

**[Das abschreckende Beispiel der Lombardei](#)**  
Ein Interview mit Vittorio Agnoletto

## Österreich

### Mit Bus und Bahn in die Zukunft: Österreich führt Pauschal-Ticket ein

Österreich rettet mit viel Steuergeld die Fluglinie Austrian Airlines – und verbindet den Schritt mit ökologischen Maßnahmen. [TAZ](#)

## Spanien

### 5. Juni 2020: Hunderte von Lidl-Märkten in Spanien bestreikt: „Dieses Unternehmen kann nicht mit uns machen, was es will“

„Ein Streik, zu dem die Dienstleistungsgewerkschaft CCOO-Servicios aufgerufen hatte, legte nach Gewerk-

schaftsangaben die Hälfte der 600 Geschäfte im Land lahm. Im Rest bedienten der Filialleiter mit ein oder zwei KassiererInnen, die teilweise von Leihfirmen kamen, die Kunden. In den zehn Logistikzentren blieben 80 Prozent der Beschäftigten der Arbeit fern.

Insgesamt zählt die deutsche Kette in Spanien 13.500 Mitarbeiter. „Lidl ist die Supermarktkette, die am meisten gegen Gesundheits- und Hygienevorschriften verstößt“, erklärt CCOO-Servicios Generalsekretär Chema Martínez den Grund für den Streik. Seit Wochen versuchte CCOO, die mit 53 Prozent stärkste Gewerkschaft bei Lidl, sich mit der Geschäftsführung zu einigen. Doch eine Verhandlungsrunde nach der anderen platzte. (...) Lidl verkaufte seit Beginn der schrittweisen Öffnung mehr als vor der Krise. Vor allem dank der Aktionen, wie Küchenutensilien, Sommerkleidung etc. Aber die Belegschaft wurde nicht aufgestockt. „Und die Einigung von 150 Prozent Zuschlag pro Überstunde wird vom Unternehmen nicht umgesetzt“, beschwert sich Cadañas, die seit 25 Jahren bei Lidl in Madrid arbeitet. Für den Fall, dass die Geschäftsführung nicht an den Verhandlungstisch zurückkehrt, plant CCOO-Servicios weitere Protestaktionen vor den Filialen bis hin zu erneuten Streiks. Bisher sieht es nicht nach einer schnellen Einigung aus. Lidl setzt auf „Spalte und herrsche“. Im Baskenland einigte sich das Unternehmen mit der dortigen stärksten Gewerkschaft, der ELA, auf ein Maßnahmenpaket, das genau dem entspricht, was der Belegschaft im restlichen Spanien vorenthalten wird. Und um 23.30 Uhr in der Nacht vor dem Streik versprach Lidl der zweitgrößten Gewerkschaft, der sozialdemokratischen UGT, die gesetzlichen Vorschriften zu akzeptieren. UGT zog daraufhin den Streikaufruf zurück...“ – aus dem [Bericht „Lidl lahmgelegt“ von Reiner Wandler am 04. Juni 2020 in der taz online](#) – der abschließend noch hinzufügt, dass (wieder einmal) trotzdem viele UGT-Mitglieder sich am Streik beteiligten. Siehe dazu auch den Streikaufruf der Gewerkschaft:

[Labournet](#) – **Arbeitskämpfe in Spanien: Labournet**

## Schweiz

### Überlegungen eines besorgten Schweizer Bürgers

**GASTKOMMENTAR** von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Paul Robert Vogt

(gegen Ende des langen Artikels, 9. Zukunft)

"Mit einem 85-Milliarden-Budget hat es die Schweiz - was die Anzahl Corona-Patienten pro 1 Million Einwohner betrifft – weltweit auf Rang 2 geschafft. Gratuliere! Was für eine Schande! Grundlegendes und billiges Material fehlt in der Schweiz nach 14 Tagen. Das kommt davon, wenn selbsternannte «Gesundheitspolitiker», «Gesundheits-Ökonomen» und IT-Experten Milliarden in Projekte wie e-Health, elektronische Gesundheitskarte, überbeuerte Klinik-Informationssysteme (man frage einmal das Kantonsspital Luzern!), tonnenweise Computer und «Big Data» investieren und so vollkommen zweckentfremdet Milliarden aus dem Gesundheitswesen abziehen."

# Europa

## Erklärung des europäischen Attac-Netzwerks zum EU-Recovery-Plan Der Wiederaufbauplan ist keine angemessene Antwort auf die gegenwärtige Krise

Am 27.5. hat die Europäische Kommission ihren [Vorschlag](#) für einen umfassenden Aufbauplan vorgelegt:  
[ein neues Aufbauinstrument namens „Next Generation EU“](#) – [Pressemitteilung](#) mit Hinweisen auf weitere Dokumente

15. Juni 2020

Am 27. Mai legte die EU-Kommission einen Plan zur Erholung nach der Corona-Krise vor. Er enthält einen Vorschlag für die "nächste EU-Generation" in Höhe von 750 Milliarden Euro und Änderungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für 2021 bis 2027 sowie einige Änderungen des aktuellen MFR, um bereits 2020 zusätzliche 11,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Der EU-Wiederaufbaufonds wird, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, 560 Milliarden Euro für die Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen, 310 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und 250 Milliarden Euro in Form von Krediten. Die endgültige Entscheidung über diesen Plan ist Sache des Europäischen Rates, also der nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, der am 19. Juni 2020 tagt.

### Der Sanierungsplan besteht aus drei Säulen.

**Die erste** ist die Finanzierung des Wiederaufschwungs durch eine Fazilität für Wiederaufbau und Widerstandsfähigkeit (die die Zuschüsse und Darlehen an die Mitgliedstaaten bereitstellt) und das REACT-EU-Programm, das die zusätzliche Mittel für die laufenden Programme für Kohäsion und ländliche Entwicklung (55 Milliarden Euro) und für den Mechanismus für einen gerechten Übergang (auf 40 Milliarden Euro erweitert) bereitstellt.

Diese Mittel unterliegen jedoch dem Europäischen Semester. Das ist ein undemokratischer Prozess, der auf neoliberale Reformen in den Mitgliedstaaten und eine nationale Haushaltskontrolle drängt. In der Vergangenheit wurden die Mitgliedsstaaten in den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 63-mal aufgefordert, das Gesundheitssystem zu kürzen oder zu privatisieren. Kürzungen bei Renten und Pflege wurden 105-mal und Lohnkürzungen 50-mal gefordert. In 38 Fällen empfahl die Kommission, den Kündigungsschutz aufzuweichen oder die Gewerkschaften zu schwächen (1)

**Die zweite Säule** stellt Mittel für Unternehmen bereit, die mit Hilfe des Solvenzunterstützungsinstruments, der Strategischen Investitionsfazilität und einer Aufstockung der Mittel für das InvestEU-Programm (insgesamt 61,3 Milliarden Euro) private Investitionen fördern sollen.

**Die dritte Säule** umfasst ein neues Gesundheitsprogramm (9,4 Milliarden Euro), ein Katastrophenschutzverfahren (rescEU, 3,1 Milliarden Euro) und eine Aufstockung der Mittel für andere Programme wie etwa Forschung, Innovation und externe Maßnahmen.

### Für Attac, ein Netzwerk, das der derzeitigen Globalisierung kritisch gegenübersteht, stellt der Plan keine angemessene Antwort auf die aktuelle Krise dar.

Das Europäische Attac-Netzwerk erkennt an, dass der Sanierungsplan ein bemerkenswerter Wandel in der europäischen Politik und offensichtlich ein Schritt in Richtung europäische Solidarität ist. Es ist jedoch auch als ein Schritt zur Rettung der EU als neoliberales Projekt gedacht.

Es ist nach wie vor klar, dass die Voraussetzungen nicht gegeben sind, um sicherzustellen, dass diese koordinierte Reaktion dem öffentlichen Interesse und dem von uns verfolgten Projekt einer gerechteren und gleichberechtigteren Gesellschaft, frei von Neoliberalismus, Produktivismus und Kapitalismus, dient.

Das Konjunkturprogramm ist die zweite Ausnahmeregelung der EU-Institutionen und Regierungen seit Ausbruch der Gesundheits- und der darauf folgenden Wirtschaftskrise.

Am 23. April hatte der Europäische Rat bereits grünes Licht für eine vorübergehende Aussetzung des Dogmas der Obergrenze von drei Prozent der Haushaltsdefizite gegeben.

In vielerlei Hinsicht fühlt sich die gegenwärtige Situation wie eine neue Version der außergewöhnlichen Maßnahmen an, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ergriffen worden waren. Wenn es darum geht sicherzustellen, dass die gesamte Wirtschaft nicht zusammenbricht, scheint die Staatsverschuldung viel weniger ein Thema zu sein. Die Tatsache, dass Mittel, die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für die Gesundheitsbudgets bereitgestellt werden, nicht mehr strengen Sparmaßnahmen unterliegen, um sie zurückzuzahlen, muss als ein weiterer nicht zu vernachlässigender Ausnahmeschritt angesehen werden.

Für das Europäische Attac-Netzwerk ist das Schlüsselwort hier jedoch "Ausnahme".

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, das verstehen selbst die neoliberalen Entscheidungsträger. Wir werden uns nicht mit einer Ankündigung über eine Erhöhung des EU-Haushalts zufrieden geben.

**Die EU-Verträge bleiben ein Instrument zur Umsetzung neoliberaler und produktivistischer Politik.**

**Die demokratische Kontrolle über die Verwendung dieses Haushalts ist nicht gewährleistet.** Seit sehr langer Zeit fordert unser Netzwerk eine gründliche Überarbeitung der EU-Grundlagen, die Solidarität, Gleichheit und Emanzipation an die Stelle von Wettbewerb, freiem Markt und Freihandel setzten.

Darüber hinaus haben wir immer wieder **gefordert, dass die Finanzierung der EU-Mitgliedstaaten durch die Europäische Zentralbank (EZB) zu einem Null-Zinssatz erfolgt** und dass, wenn es die Situation erfordert, die so entstandenen Schulden nicht zurückgezahlt werden. Die Staatskassen der Mitgliedstaaten haben eine solche Politik dringend nötig, seit sie die Möglichkeit verloren haben, ihre eigene Geldpolitik von ihren Zentralbanken aus zu steuern, indem sie sie an die EZB delegierten.

Wir können deshalb die Entscheidung, weiterhin Schulden auf den Finanzmärkten aufzunehmen, nicht begrüßen. Sie kann nur bedeuten, dass langfristig von den Mitgliedstaaten die gleichen Reformen in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Kürzung der Sozialausgaben und die Ausweitung der Wettbewerbslogik auf immer mehr Sektoren gefordert werden. All dies im Namen einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, um die Schulden an dieselben Banken zurückzuzahlen, die derzeit von der quantitativen Lockerung der EZB profitieren.

Das Europäische Attac-Netzwerk betont erneut, dass öffentliche Ausgaben auf europäischer Ebene durch eine **gerechte europäische Besteuerung von Einnahmen und Vermögen bezahlt werden müssen**. Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Krise und der dringenden Notwendigkeit eines Übergangs zu einer sozialeren und ökologischeren Wirtschaft in Europa schlagen wir **zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe auf europäischer Ebene** vor, um eine Startfinanzierung im Vorfeld zu ermöglichen (2).

Die vorherrschende Logik des neoliberalen Kapitalismus muss durch ein System ersetzt werden, das soziale und nachhaltige Lebensbedingungen für alle in einer lebensfähigen Umwelt gewährleistet. Anstatt Handels- und Investitionsliberalisierungsabkommen nacheinander auszuhandeln und zu unterzeichnen (Mexiko, Neuseeland, Australien usw.), geht es vielmehr darum, eine **ökologische und soziale Standortverlagerungspolitik mit einer starken internationalen Solidaritätsdimension zu organisieren**. Dies sollte auch die Logik des Wettbewerbs zwischen den Ländern auf der Grundlage der Senkung der Arbeitskosten umkehren und **ökologische Ziele wie die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks des europäischen Lebensmodells fördern**.

**Insgesamt ist ein sozial-ökologischer Übergang auf europäischer Ebene erforderlich.**

Deshalb fordert das Europäische Attac-Netzwerk, dass die folgenden **Schritte** unternommen werden:

Sicherstellen, dass alle Gelder unter demokratischer Entscheidungsfindung und Kontrolle stehen - wir fordern daher eine **echte Wirtschaftsdemokratie; keine Konditionalität der Unterstützung im Rahmen des Europäischen Semesters**.

Die Mittel müssen investiert werden, um **den öffentlichen Sektor und die Daseinsvorsorge zu stärken und den sozial-ökologischen Wandel zu unterstützen** und keine umweltverschmutzende, sozialabbauende, steuerhinterziehende Unternehmen

**Ein Systemwandel hin zu Klimagerechtigkeit, sozialer Sicherheit, Pflege und Demokratie!**

**Angemessene Besteuerung von großen Privatvermögen und Spekulationskapital** auf den Finanzmärkten, um o die Kosten der Krise und

o einen sozialen und ökologischen Übergang der Volkswirtschaften auf demokratische Weise zu finanzieren

**Wirtschaftlich und soziale Rechte müssen für alle garantiert werden**

o Demokratische Entscheidungen müssen auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt werden, einschließlich Produktion und Investitionen.

o Die Menschen sollen entscheiden können, wie sie leben wollen und was und wie sie produzieren wollen.

**Ein starkes EU-Investitionsprogramm im öffentlichen Gesundheitssektor und in der Pflege.**

**Befreiung des Gesundheitssektors von privatwirtschaftlichen Interessen und Logik**

**Kürzung der EU-Mittel für "Sicherheit und Verteidigung"**, um mehr Mittel für die notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Übergang freizusetzen und verschieben der Prioritäten auf Abrüstung und internationale Zusammenarbeit statt auf Sanktionen und militärische Drohungen und Interventionen

**Schuldenerlass für den globalen Süden und Direkthilfe einschließlich der Patente für Impfstoffe** mit entsprechendem Technologietransfer, so dass die Länder des globalen Südens in der Lage sind, die Impfstoffe nach ihrem eigenen Bedarf herzustellen.

**Keine EU-Rettungsfonds für Unternehmen, die derzeit in staatliche Rechtsstreitigkeiten der ISDS verwickelt sind**, mit Rückzahlungsklauseln für diejenigen, die Mittel erhalten, aber innerhalb von zehn Jahren einen Rechtsstreit führen.

**Stopp der Spirale der Liberalisierung von Handel und Investitionen** auf Initiative der Kommission und Umgehung der nach WTO-Regeln und bilateralen Verträgen zulässigen Sanktionen, um eine soziale und ökologische Verlagerungspolitik umzusetzen.

(1) <https://emmaclancy.com/2020/03/21/austerity-kills-commission-demanded-cuts-to-public-healthcare-spending-63-times-from-2011-2018/>

(2) <https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/corona-krise-jetzt-beitrag-der-reichsten-fordern>

## Attac Österreich

### EU-Aufbauplan: Keine angemessene Antwort auf die Krise - "Ein Werkzeug zur Umsetzung neoliberaler Kürzungspolitik"

(...) Finanzielle Hilfen soll es erst geben, wenn die EU-Kommission die Pläne der Staaten im Rahmen des „Europäischen Semesters“ überprüft hat. Dieses Instrument ist jedoch nicht politisch neutral. Es zielt vor allem darauf ab, Defizite über Ausgabenenkungen, etwa bei Sozialem und Gesundheit, zu verringern und neoliberale Politik etwa am Arbeitsmarkt durchzusetzen. „Seit 2010 hat die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten im Rahmen des europäischen Semesters 63-mal aufgefordert, im Gesund-

heitssystem zu kürzen oder zu privatisieren. 105-mal wurden Kürzungen bei Pensionen und Pflege sowie 50-mal Lohnsenkungen verlangt. In 38 Fällen empfahl die Kommission eine Aufweichung des Kündigungsschutzes oder eine Schwächung von Gewerkschaften“, erklärt Klatzer. „Der Aufbau-Fonds könnte also Werkzeug dienen, die neoliberale EU-Kürzungspolitik bei Pensionen, Löhnen oder öffentlichen Dienstleistungen weiter durchzusetzen.“ [Mehr](#)

Peter Wahl (*Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE*) und Klaus Dräger: **Recovery-Plan der EU: Notnagel oder neue Integrationsdynamik?** [Makroskop](#)

- weitere Artikel in [Neues Deutschland](#), in der [TAZ](#)

**Informationen** u.a. über die (Arbeits)kämpfe in aller Welt:

<https://www.labournet.de>; <https://www.rosalux.de/corona>

### AlterSummit

**Covid-19: what are the measures taken at the European Union level? - [Text](#)**

**The regularization of undocumented migrants in Europe** is again at the centre of the political debate. Indeed, in the pandemic situation that we are experiencing, regularisation becomes a public health measure; it should remove the obstacles to access to health services. But it is also necessary to enable these workers, who have no rights and no income, to have access to the various public support measures. [Mehr](#)

### Europarat

**nimmt [Corona-Bericht](#) von Andrej Hunko mit großer Mehrheit an.  
Lehren aus dem Umgang mit der Covid-19-Pandemie**

Mit 90 Prozent Zustimmung hat der Ständige Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einen Berichtsentwurf des Aachener Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko angenommen. Der in kurzer Zeit erstellte Bericht befasst sich mit ersten Lehren aus dem Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Im Vordergrund stehen Herangehensweisen, die gesundheitlich effektiv sind und zugleich die Grundrechte so wenig wie möglich einschränken. Da die Parlamentarische Versammlung derzeit wegen der Pandemie nicht tagt, hat der Ständige Ausschuss vorübergehend diese Funktion eingenommen.

Hierzu erklärt Andrej Hunko:

„Ich freue mich über die breite Zustimmung zu meinem Bericht. Es hat sich gezeigt, dass beim Umgang mit Pandemien schnelle und effektive Reaktionen entscheidend sind, um gravierende Maßnahmen zu vermeiden. Dafür ist zentral, dass sich Staaten gut auf derartige Gesundheitskrisen vorbereiten. Es ist bedauerlich, dass die Empfehlungen des Europarates zur Pandemievorbeugung aus dem Jahr 2016 nicht voll umgesetzt wurden.

Ich begrüße, dass die Versammlung sich für eine Reform der WHO stark macht, um sie unabhängig von freiwilligen und zweckgebundenen Beiträgen zu machen sowie sie demokratisch zu kontrollieren. Ebenso teile ich die Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, ihre Gesundheitssysteme am Bedarf statt am Profit auszurichten und allen Menschen den freien Zugang zu garantieren.

Die Parlamentarische Versammlung hat sich durch den Bericht klar dafür ausgesprochen, dass auch in Krisenzeiten der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingehalten werden muss. Einschränkungen von Grundrechten müssen immer wieder begründet und überprüft werden. Sind sie nicht mehr verhältnismäßig, dann müssen sie zurückgenommen werden.

Ich unterstütze auch den Bezug der Versammlung auf evidenzbasierte Entscheidungen und die Forderung nach Antikörpertests an repräsentativen Stichproben. Wir agieren noch immer auf einer zu unsicheren Datengrundlage. Wissenslücken sollten systematisch und geplant beforscht werden, damit Entscheidungen so weit wie möglich auf gesicherten Erkenntnissen beruhen können.“ [PM](#)

**Corona-Geberkonferenz - eine skurrile Veranstaltung, die mehr Fragen als Antworten liefert - [Nachdenkseiten](#)**

# Deutschland

## Pandemie im Spätkapitalismus - Armut und Ausbeutung machen krank



**Verein 'Arbeitsunrecht in Deutschland':  
Tönnies: Corona-Fälle im Kreis Gütersloh kein Wunder. Jetzt Ursachen bekämpfen!**[Pressemitteilung](#)

Die 'Aktion gegen Arbeitsunrecht' wundert sich nicht über die Corona-Fälle rund um den Tönnies-Schlachthof in Rheda-Wiedenbrück. Im Gegenteil: Wir wundern uns darüber, wie es dem größten europäischen Schweineschlachter gelungen ist, solange ohne registrierte Corona-Fälle durch zu kommen. Wir fragen uns warum die zuständigen Behörden nichts gegen die zu Grunde liegenden Vergehen unternehmen: illegale Arbeitnehmerüberlassung und Mietwucher.

**Armin Laschet** traut sich offensichtlich nicht, dem Schalke 04-Boss und Schweine-Baron **Clemens Tönnies** den Kampf anzusagen.

Wir haben bereits am 15. Mai 2020 ein [Video auf youtube](#) verbreitet, das die Kantine im Tönnies-Stammsitz Rheda-Wiedenbrück zeigt. Mitten im Lock-down lässt man die Leute weiter arbeiten, als wäre nichts geschehen.

**Das zu Grunde liegende Problem** ignorieren die zuständigen Behörden: illegale Arbeitnehmerüberlassung (Schein-Werkverträge) und Mietwucher. ([Pressemitteilung vom 12. Mai 2020](#))

Bereits am **18.2.2020** haben wir über unseren Anwalt Eberhard Reinecke Anzeige beim Hauptzollamt Bielefeld **Anzeige wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung** gestellt. Zuvor haben wir den NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann informiert.

Unsere Anzeige wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung ist durch geplante Gesetzesänderungen der Bundesregierung zur generellen Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie keineswegs von Tisch. Es geht immerhin um jahrelangen, massenhaften Lohnraub (Equal Pay in der Leiharbeit) und die Hinterziehung von Sozialabgaben und Steuern – mutmaßlich in Millionenhöhe. Strafrechtlich noch schwerwiegender ist der Mietwucher, den die Wanderarbeiter\*innen bei Tönnies und anderen Fleischproduzenten ganz offensichtlich zu erleiden haben. Hier handelt es sich nach unserer Überzeugung um verdeckten Lohnraub: Durch sittenwidrige Mieten kürzen die Sub-Unternehmer den gesetzlichen Mindestlohn der Wanderarbeiter\*innen.

Der Mietwucher ([§ 291 StGB](#)) wäre – im Gegensatz zu den Arbeitsbedingungen innerhalb der abgeriegelten Fabriken – leicht zu ermitteln, zu verfolgen und zu stoppen. Warum bleiben die zuständigen NRW-Behörden also untätig?

**Industrieller Rassismus: Laschet macht infizierte Arbeiter\*innen für Infektionen verantwortlich!**

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass rund um die industrielle Fleisch-Produktion in Deutschland ein kriminoge-

nes Milieu aus General-Unternehmern und Sub-Unternehmern wuchert.

Rund um deutsche Schlachthöfe geschieht systematische Ausbeutung von Menschen, denen Grundrechte aufgrund ihrer Herkunft verwehrt bleiben – weil sie aus abgehängten Regionen in Osteuropa stammen.

Wir vermuten, dass dieser industrielle Rassismus durch Sonntagsreden, antrainierte Toleranz-Gesten und Multi-Kulti-PR lediglich verdeckt wird. Er bricht sich in folgenden Äußerungen Bahn:

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte am Mittwoch, 17. Juni 2020 in Berlin auf die Frage einer Journalistin, was der Corona-Ausbruch im Schlachtbetrieb Tönnies über die bisherigen Lockerungen aussage, geantwortet: „Das sagt darüber überhaupt nichts aus, weil Rumänen und Bulgaren da eingereist sind und da der Virus herkommt. Das wird überall passieren.“ Corona kam aus Ischgl nicht Rumänien!

Abgesehen davon, dass der Ministerpräsident hier unwissenschaftlichen Blödsinn verbreitet, macht er die Opfer des Systems zur angeblichen Bedrohung für deutsche Bürger. Die Wanderarbeiter\*innen sind – auch ohne Corona-Erkrankungen – eindeutig die Opfer eines Systems, das Laschet und sein Justizminister Peter Biesenbach (CDU) schonen.

Bereits 2019 hatte der Schalke 04-Boss **Clemens Tönnies** für Furore gesorgt als er vor der Kreishandwerkerschaft vom Leder zog und sich als Rassist outete. Statt den Klimawandel mit höheren Steuern zu bremsen, solle man lieber jährlich 20 Kraftwerke in Afrika finanzieren: „Dann würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren.“ ([Neue Westfälische, 1.8.2019](#))

Am Freitag, den **13. September 2019** sind wir zusammen mit Unterstützer\*innen bundesweit **gegen Dumping-Fleisch + Werkverträge bei Tönnies** vorgegangen. [Bericht](#)

Das Buch mit dem Titel „**Das Schweinesystem**“ (Jour Fixe Gewerkschaftslinker Hamburg) gestattet tiefere Einblicke in die Welt der deutschen Großschlachtereien. Hier hat sich ein besonderes Geschäftsmodell etabliert, das durch ungewöhnliche krasse Ausbeutung und Entwürdigung von lohnabhängigen Menschen groß geworden ist.

Die zu Wort kommenden Kritiker\*innen beleuchten den auch gern als „System Tönnies“ bezeichneten Komplex aus verschiedenen Blickwinkeln: Politisch, ethisch und gewerkschaftlich. Sie wirken in Bürgerinitiativen, in gewerkschaftlichen Strukturen, der kirchlichen Betreuung und Beratung oder in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wichtigstes Ziel unserer Publikation ist es, die aktuelle Offenlegung der Missstände zu nutzen, um endlich das Werksvertrags- und Subunternehmerunwesen zu beenden. - [Buchmacherei](#), 10 Euro

**The Infections of Exploitation: Migrant Labor and Pandemic Normality in Europe** – [transnational-strike-info](#)

**Fleischbetriebe und Wohnsilos für Unterprivilegierte sind »Hotspots« der Coronapandemie.** [JW](#)

# Solidarität in Zeiten von Corona und linke Widerstandsstrukturen

## Dossier

### 1. Als Linke dürfen wir nicht auf der Ebene der theoretischen Kritik stehen bleiben, sondern müssen im Alltag von Menschen konkret nützlich sein.

Corona stellt uns nicht nur vor gesundheitliche, sondern vor weitreichende gesellschaftliche Herausforderungen. Zum einen befeuert die Epidemie ein gegenseitiges Misstrauen und eine Ellbogenmentalität, die sich in den Ereignissen der letzten Wochen offenbart. (...) Solidarisches Handeln auf Grundlage dieses kollektiven Bewusstseins ist die Art und Weise, wie wir der Panik und autoritären Sehnsüchten entgegenwirken können und die Krise am besten überstehen...“ [Artikel von Camilo Molina und Teresa Petrik vom 13. März 2020 bei mosaik-blog.at](#)

### 2. <https://netzwerk-selbsthilfe.de/> fördert politisch linke Projekte mit Geld, Beratung oder Infrastruktur.

Wer keine öffentliche Förderung bekommt, sondern auf Spenden und Soli-Veranstaltungen angewiesen ist, hat jetzt keine Einnahmen. Auch Projekte, die von den Einnahmen ihrer Cafés oder Übernachtungen abhängig sind, sind massiv betroffen. (...)

Man muss sich darauf einstellen, sich andere Formen des politischen Protests zu überlegen. Bei der Seebrücke wurde bundesweit zu mehreren Aktionstagen aufgerufen. Es gab auch schon Online-Demonstrationen, an denen mehrere Tausend Menschen teilgenommen haben. Total cool. Per Livestream läuft man zu verschiedenen Social-Media-Kanälen von politischen Organisationen und lässt gemeinsam seine Kommentare da.(...) Ich finde, dass da ganz viel Kreativität freigesetzt wird. (...)

Interview in [Neues Deutschland](#)

### 3. Wedding solidarisch

Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde im März 2020 die Arbeitsgemeinschaft „[Wedding solidarisch](#)“ gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft ist gleichzeitig Teil der entstandenen Solidaritäts- und Hilfenetzwerke im Kiez und hat nun einen politischen Forderungskatalog für den Wedding veröffentlicht. Dieser Katalog dient der theoretischen und praktischen Orientierung für unsere Stadtteilorganisation, auch über die Hochphase der Pandemie hinaus. Es gilt diese Forderungen, neben berlin- und bundesweiten Initiativen „[Jetzt erst recht!](#)“ und [Eure Krise: Nicht auf unserem Rücken!](#), öffentlich zu machen und langfristig zu unterstützen!

Wir setzen der Angst vor dem Corona-Virus und der Vereinzelung Solidarität und Austausch entgegen - für alle, die in Hamburg leben und mit ihren Nachbar\*innen solidarisch sein wollen!

### 4. Hamburg: Solidarisch trotz Corona

<https://corona-soli-hamburg.org>

Statt Fake-News und Panikmache setzen wir auf Ruhe, Fakten und Solidarität. *Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität usw. sollen in dieser Ausnahmesituation ebenso wenig eine Rolle spielen wie im „normalen Leben“!* - Idee schamlos gesampelt von <https://corona-soli-koeln.org/> und <https://www.corona-soli-fm.org/>

### 5. Corona at Work

Betrieb und Gewerkschaft in Zeiten der Pandemie

<https://corona-at-work.de/>

Prekäres Leben und Arbeiten braucht ein Gesicht

*“Das Prekär-Lab entstand aus verschiedenen Initiativen aus Aktivist\*innen/Beschäftigte im Bereich Erwerbslosenorganisation, soziale Dienste, Einzelhandel und anderen in prekären Bereichen organisierten. Wir brachten zum einen Erfahrungen aus Alltagskämpfen mit und zum anderen versuchten wir regionale Aktivitäten und Kämpfe zu verbinden.*

*Wir teilen die Erfahrung, dass viele Kämpfe und Initiativen nur sporadisch miteinander verknüpft sind. Das inhaltliche und praktischen Nebeneinander dominiert, eine Zersplitterung und Ungleichzeitigkeit, die selten gesamtgesellschaftliche Alternativen aufscheinen lässt.*

*Gleichzeitig machen wir ähnliche Prekaritätserfahrungen, die es ermöglichen aktiv einzugreifen, Beistand zu leisten und Gemeinsames erlebbar zu machen. Dies ist in diesen Zeiten notwendiger denn je, aufgrund des Abstandsgebots aber auch schwieriger denn je.*

*Uns fehlen die Orte, um Gemeinsames und Trennendes in unseren Erfahrungen zu diskutieren, einander zu verstehen als Grundlage für gemeinsames, solidarisches und kämpferisches Handeln. Darum haben wir uns entschlossen – wenn wir diese Lücke schon nicht schließen können – sie doch zumindest zu verkleinern. Aktive aus unseren Kreisen – bisher aus dem Einzelhandel und Erwerbslosenbereich – haben Videos aufgenommen über ihre Erfahrungen in der Corona-Krise. Diese wollen wir teilen, diskutieren und rufen andere auf, ebenfalls solche Videos einfach und unkompliziert mit dem Smartphone zu produzieren.*

*Was verändert die Corona-Krise in euren Bereichen?*

*Was sind die Auswirkungen für euren Alltag und zu Hause? Welche bereits vorher bestehenden Konflikte werden verschärft und welche neuen treten auf?*

*Wie geht ihr und eure Kolleg\*innen und Freund\*innen damit um? Was sind eure Forderungen?*

*Diese Videos ersetzen unsere Begegnungen nicht, helfen aber (womöglich) hoffentlich gemeinsame Kämpfe vorzubereiten über die Frage, wer für die Folgekosten der Krise bezahlen muss und wie wir unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Zukunft gestalten wollen.”*

Sendet eure Videos bitte an [info@tie-germany.org](mailto:info@tie-germany.org) am besten über wetransfer. Die Videos sollen erscheinen unter <https://corona-at-work.de/videos/>

### 6. <https://nichtaufunseremruecken.noblogs.org/>

(Bundesweiter Aktionstag am 18. Juli)

Eine Gesellschaft mit einem Gesundheitssystem, dass nicht dem Profit weniger, sondern dem Schutz aller dient, ist machbar. Eine Wirtschaft, die nicht im Widerspruch zur Natur steht und in der die notwendige Arbeit fair verteilt ist und niemanden kaputt macht, ist möglich. Doch dazu müssen wir uns zusammenschließen und klar machen, dass wir den Karren für unsere Bosse nicht mehr aus dem Dreck ziehen wollen! Und nur wir können dafür sorgen, dass diese Krise nicht schon wieder auf unserem Rücken ausgetragen wird!

# Gesundheitsversorgung in Deutschland

## Arzt erhebt schwere Vorwürfe gegen Spahn: „Unfassbar, dass ein Gesundheitsminister so auftritt“

Interview mit Bernd Hontschik

[FR 1.6.2020](#) - Es hätte bis vor einem halben Jahr noch Alternativen gegeben. Man hätte einige hundert Millionen Atemmasken und Schutzkleidung eingelagert haben müssen. Man hätte Betriebe, Kindergärten, Schulen und Universitäten mit Pandemieplänen versorgen und Übungen machen müssen, Krankenhäuser und Heime einbezogen. **Voraus-schauen und vorsorgen, das wär's gewesen.** Wir haben stattdessen Kinder und alte Menschen zu den größten Verlierern gemacht.(...)

Eine Welt nach **Corona** wird es nicht geben. Es wird nur eine Welt mit **Corona** geben. Die wichtigste Erkenntnis aus den vergangenen drei Monaten ist, dass nur eine staatliche Organisation Mittel und Fähigkeiten hat, eine derartige Lage zu meistern. **Die Daseinsvorsorge gehört in die Hand des Staates.** Die Gemeinnützigkeit hätte bei mir absoluten Vorrang. Private Klinikkonzerne sind zu enteignen und durch Rückkauf zu entschädigen. Im Gesundheitswesen müssen alle Gewinne im System bleiben, statt an der Börse zu landen. Flächentarifverträge wären wieder überall gültig, ärztliches und Pflegepersonal könnte endlich mit guten Arbeitsbedingungen rechnen.

Mein zweites Projekt wäre die Einführung der **Bürgerversicherung** (...)

Mein drittes Projekt **beendet die Trennung der stationären von der ambulanten medizinischen Versorgung.** (...) Die Finanzierung baut nicht auf **Fallpauschalen** auf, sondern geschieht entsprechend dem Auftrag beziehungsweise der Größe des Krankenhauses mit pauschalen Budgets. (...)

Mein viertes Projekt wäre die **Neuorganisation des Pharmabereiches.** Geforscht wird an den Universitäten. Dafür sind sie da, und dafür würde ich sie großzügig ausstatten. Forschung gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Ich würde eine Positivliste von Medikamenten herausgeben, die zur Regelversorgung unerlässlich sind. Die Preise würden

vom Staat festgelegt, obszön hohe Gewinne der Pharmahersteller gehörten damit der Vergangenheit an. Und die Arzneimittelproduktion würde ich so rasch wie möglich nach Europa zurückholen.(...)

---

## Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.: Forsa-Umfrage: Große Mehrheit lehnt Krankenhausschließungen ab - Fast alle wünschen Patientenversorgung vor Wirtschaftlichkeit

Berlin, den 25.06.2020: Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Krankenhausschließungen ab. Das zeigt eine von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) beim Meinungsforschungsinstitut Forsa in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage. Demnach ist eine sehr große Mehrheit der Befragten (88 Prozent) der Ansicht, dass ein Abbau von Krankenhausinfrastruktur nicht sinnvoll wäre. Ähnliche viele Befragte (85 Prozent) finden es auch nicht sinnvoll, dass Krankenhausschließungen und Bettenabbau weiterhin finanziell vom Staat gefördert werden. Danach gefragt, was sie für wichtiger halten – die Patientenversorgung oder die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser –, entscheidet sich fast jeder Befragte (96 Prozent) für die Patientenversorgung. [Pressemitteilung](#) - [die Studie](#)

---

## Digitalisierung und Gesundheit – Fluch oder Segen

Von **Manfred Fiedler**, Diplomsozialwissenschaftler, Attac AG Soziale Sicherungs-Systeme: "Gerade in der Gesundheitsversorgung sind die Versprechungen (und Fantasien) groß, aber angesichts der Besonderheiten des Gesundheitswesens sind die Gefahren nicht zu unterschätzen." [plattformglobalegesundheit](#)

---

**Studie (preprint) : Higher risk of COVID-19 hospitalization for unemployed: an analysis of 1,298,416 health insured individuals in Germany**

## Pro Asyl: Flüchtlingspolitische Anliegen

- anlässlich der Tagung der Innenministerkonferenz (17.- 19. Juni 2020) – [Erklärung](#) (8 Seiten)

### Zentrale Forderungen:

1. Mehr dezentrale Unterkünfte anstatt großer Zentren
2. Dublin-Fälle auf Kommunen verteilen
3. Landesaufnahmeprogramme für Flüchtlinge jetzt!
4. Abschiebungsstopps – während der Pandemie und darüberhinaus
5. Soziale Rechte von Geflüchteten während und nach der Pandemie

# Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF) e. V. Corona-App kann als Eintrittskarte missbraucht werden

Gemeinsame Pressemitteilung vom 15.6.2020

Das Robert Koch-Institut veröffentlichte am Dienstag, 16. Juni 2020, die Corona-Warn-App zur Kontaktnachverfolgung (Contact Tracing). ArbeitgeberInnen, HändlerInnen oder auch VeranstalterInnen könnten die App zur Zugangs- oder Teilnahmebedingung machen, warnen die Digitale Gesellschaft (DigiGes) und das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF). Damit drohen Personen erhebliche Nachteile, wenn sie die App nicht nutzen können oder wollen – oder wenn ihnen nach dem Vorzeigen der App durch einen „hohen Risikostatus“ der Zugang zu Orten oder Leistungen verwehrt wird.

Auf das Risiko hatten die [DigiGes](#) und das [FifF](#) bereits zu Beginn der Debatte über Corona-Apps hingewiesen.

**„Die Bundesregierung hatte bei der Corona-App dazugelernt. So speichert die App Begegnungen von Personen auf den Geräten und nicht auf einem zentralen Server, wie ursprünglich geplant. Doch die reale Gefahr der Freiheitsbeschränkungen bei Nicht-Nutzung der App bleibt auch beim dezentralen Ansatz – und dies nimmt die Bundesregierung sehenden Auges in Kauf.“**, sagt Elke Steven, Geschäftsführerin der DigiGes.

Inwiefern Dritte die Corona-Warn-App rechtmäßig als Zugangsbarriere einsetzen könnten, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Jedoch hilft Personen, denen der Zugang verwehrt wird, auch eine spätere Klärung der Rechtslage zu ihren Gunsten nicht. Im Moment der Zugangsverweigerung sind sie bereits benachteiligt. In einigen Fällen, wie beim Arbeitgeber, sind die Personen zudem besonders abhängig und würden auch unrechtmäßige App-Kontrollen in Kauf nehmen. **„Gerade gegenüber KollegInnen möchte niemand als unsolidarisch gelten. Schon aus diesem Grund ist der Druck hoch, mitzumachen und eigene Bedenken hinten an zu stellen. Und die Machtverhältnisse gegenüber dem Arbeitgeber sind auch eindeutig: Wer will in der derzeitigen Rezession dem Arbeitgeber schon widersprechen und damit den eigenen Arbeitsplatz riskieren?“**, so Méto R. Ost vom FifF.

Nur ein Begleitgesetz zur Corona-Warn-App kann das Risiko wirksam reduzieren, dass Dritte die App zur Zugangs-

bedingung zum gesellschaftlichen Leben, zu Gütern – auch denen des täglichen Bedarfs – und Leistungen machen.

**„Gerade ältere Menschen, die häufiger kein Smartphone haben, könnten hier systematisch benachteiligt werden. Um solche und andere Diskriminierungen gar nicht erst entstehen zu lassen, braucht es eine gesetzliche Regelung.“**, sagt Benjamin Bergemann, Vorstandsmitglied der Digitalen Gesellschaft.

Mit diesem hohen Risiko für die Grundrechte kann die Corona-Warn-App solange nicht DSGVO-konform eingesetzt werden, wie es kein entsprechendes Begleitgesetz gibt, das die Nutzung abschließend regelt. Das für die App verantwortliche Robert Koch-Institut kann das Risiko nicht selbst abstellen. Nur die Gesetzgeberin kann die Rahmenbedingungen festlegen, die das Risiko für die Betroffenen abfedern. **„Wenn die Gesetzgeberin nicht dafür sorgt, dass die App diskriminierungsfrei genutzt werden kann, dann werden die NutzerInnen Umgehungsmöglichkeiten finden. Sie können ihr Smartphone einfach in allen risikanten Situationen in eine Schutzhülle stecken, und die App wird einfach nie eine Infektion aufzeichnen können. Dann erfüllt die App ihren Zweck nicht, und der ganze Bohei war sinnlos.“**, wird Jörg Pohle vom FifF deutlich.

Vorschläge für Gesetzentwürfe, die [Freiheitsbeschränkungen](#) bei der Nutzung ebenso wie bei der Nicht-Nutzung der App verhindern würden, liegen bereits auf dem Tisch: [aus der Zivilgesellschaft](#), mit [Ergänzungen](#) des FifF, und aus den Parteien.

**„Die Zivilgesellschaft hat alle dicken Bretter doch schon gebohrt und dem Gesetzgeber die Lösungen auf dem Silbertablett präsentiert. Wenn er Interesse am Erfolg der App hat, muss der Gesetzgeber eigentlich nur noch zugreifen.“**, schließt Kirsten Bock vom FifF.

<https://www.fiff.de/presse/dsfa-corona-digiges>

**Jens Berger: Corona-App – ein soziales Experiment mit Risiken und Nebenwirkungen – [NachDenkseiten](#)**

**[Grundrechte-Report 2020](#) Präsentation am 2. Juni 2020 - [Video herunterladen](#)**

*"In seinen 39 Beiträgen zeigt **der alternative Verfassungsschutzbericht** erneut auf, wie Gesetzgeber, Verwaltung und Behörden, aber auch Gerichte und Privatunternehmen die demokratischen und freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft gefährden."* [Inhaltsverzeichnis](#) / »Alternativer Verfassungsschutzbericht«: [JW-Artikel](#)

**[Corona-Tagebuch](#) von dem Informationsdienst Bürgerrechte & Polizei/CILIP**

**Aktionen in den Corona-Zeiten: Flensburg** (26.3., aber noch aktuell!) Ca. 25 Menschen demonstrierten – mit Sicherheitsabstand zueinander und teils verumumt – auf dem Südermarkt in Flensburg **für Versammlungsfreiheit und gegen Überwachung**. Mit Schildern wiesen die Demonstrierenden auf die problematische Situation für Obdachlose und die schwierige Situation in Flüchtlingslagern und Gefängnissen hin. (...) Gerade im Zuge der Ausbreitung des Corona Virus wird befürchtet, dass in der breiten Bevölkerung die Akzeptanz autoritärer Maßnahmen und Gesetze ansteige. In weiten Teilen Deutschlands wurden neue Polizeigesetze erlassen, die der Polizei weitgehende Befugnisse erteilen, die die Freiheit des einzelnen massiv einschränken. **„[Freiheit stirbt mit Sicherheit](#)“**



# „Rettung der Lufthansa“?

Werner Rügemer (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE)

## Staatliche Rettung der Lufthansa – eine Schmierkomödie, mehrfach

(..) Der neue Hauptaktionär Heinz Hermann Thiele hatte gedroht, das staatliche Rettungspaket bei der anstehenden außerordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre abzulehnen. Herr Thiele ist übrigens ein Spekulant: Er hatte sich unter dem Schirm der alles beherrschenden „Corona-Hysterie“ seine 15,5 Prozent der Aktien genau ab dem 3. bis 16. März 2020 still und heimlich zusammengekauft. Nach der öffentlichen Bekanntgabe des Rettungspakets war er ganz, ganz sicher und hat wumms schnell noch die letzten 5 Prozent dazugekauft. So geht „Wumms“! [1] Und nun wurde Thiele frech: Der Einfluss des Staates sei zu groß! Der Staat soll seine Milliarden abliefern, er kriegt eine stille Beteiligung – das reicht dem Staat, der soll die Klappe halten, teilte der Multimilliardär per FAZ der Merkel-Regierung mit.

(...) Die kapitalfromme Bundesregierung (...) bleibt mit den 20 Prozent unter der 25-Prozent-Beteiligung: Nicht mal die damit mögliche Sperrminorität will sie haben. Und sie verzichtet darauf, selbst ihre Vertreter im Aufsichtsrat vorzuschlagen (...)

Weitere Aktionäre sind auch erst mit Beginn der Pandemie neu eingestiegen, im Zutrauen auf ihren Staat. Das sind an erster Stelle die US-Investmentbank Morgan Stanley mit 7,4 Prozent sowie weitere Aktionäre (...) Bekannt ist noch BlackRock, der allgegenwärtige, scheinbar unscheinbare Miteigentümer aller DAX- und ein paar hundert weiterer Konzerne in Deutschland. Wobei BlackRock, im Unter-

schied zu Thiele und Morgan Stanley und den anderen auch schon vorher Lufthansa-Aktionär war. BlackRock&Co aber sagten nie was, wurden nicht wie Thiele von FAZ und Handelsblatt und Süddeutscher Zeitung seitenlang interviewt.

(...) Mit Beginn der Pandemie-Maßnahmen ab Ende Februar 2020 war der Flugverkehr eingebrochen. Und ab dem 3. März 2020 also waren die neuen Kapitalisten als die neuen Eigentümer in die Lufthansa AG eingestiegen. Sie hatten schrittweise Aktienpakete der abstürzenden Fluggesellschaft aufgekauft. Je länger der Lockdown dauerte, desto mehr Aktien kauften sie, schrittweise. Sie kauften immer mehr Aktien eines Unternehmens, das immer mehr der Insolvenz zusteuerte. Geheimnisvoll, rätselhaft, oder? Nein, normales asoziales kapitalistisches Krisengeschäft heute. Die Leitmedien machen mit dem Absturz der Aktienwerte den Klein- und Mittelaktionären Angst. „Die Wirtschaft“ trudelt ab, die Spekulanten – Investoren genannt – steigen ein. (...)

– [Nachdenkseiten](#)

### Lufthansa: Kniefall und Alternative – [ISW](#)

**Steuerflucht: Versteckte Geldflüsse bei der Lufthansa - Trotz der Staatsbeteiligung muss die Fluggesellschaft nicht alle Verbindungen in Steueroasen öffentlich machen. [SZ](#)**

## ELEKTRO-AUTOS sind KEINE Alternative

**UPI-Institut: Die durch Elektroautos verursachten CO2-Emissionen liegen, anders als häufig angenommen, ungefähr auf gleicher Höhe wie bei Benzin- und Diesel-PKW. – [Studie mit vielen Schaubildern:](#)**

(...) Elektroautos werden deshalb von der Automobilindustrie gebraucht, um die Grenzwertüberschreitungen bei dem am stärksten wachsenden Segment (SUV, auch Geländewagen) auszugleichen und hohe Strafzahlungen vermeiden zu können. (...)

E-Mobilität ist heute sinnvoll bei

- schienengebundenem öffentlichem Verkehr (keine Speicherung des Stroms notwendig, geringe Rollreibung Stahl-Stahl, geringer Flächenbedarf)

- Pedelecs (geringe Masse, Unterstützung der Muskelkraft, Ausdehnung des Einsatzbereichs des flächen- und ressourcensparenden Fahrrads)

**Winfried Wolf (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE): Mit dem Elektroauto in die Sackgasse, Promedia 2019**

s. auch: [Vortrag](#) von Dr. Winfried Wolf: Verkehrswende - Widerstand gegen CO2-Steuer & Alternativen zur Sackgasse E Auto (auf der Konferenz in Köln „[Gesellschaftswende statt Klimawende](#)“)

**ISW-München: Elektro-Pkw als Teil der Krise der aktuellen Mobilität. Oder: Die Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrswende – [Report](#)**

**Abwrackprämie: Autogipfel verschoben - Wolfgang Pomrehn, [Telepolis](#) -**

Protestaktionen in [Osnabrück](#) und in weiteren Städten gegen die geplante Abwrackprämie

8- seitige Zeitung

<https://www.info-faktencheck.de/wordpress/>

Nummer 2 · Juli 2020

## FaktenCheck

Die Solidarität in den Zeiten der Krise → **Corona**

Michael Müller	→ Das Tonnies-System	Seiten 2 & 6	Doris Holasky	→ neue Klinikschießungen	Seite 7
Angelika Linckh	→ Naturfreundehäuser	Seite 3	Angela Bankert	→ Big Pharma	Seite 7
	→ Stuttgart21-Widerstand	Seite 3	Angela Klein	→ Seuchen & Kolonialismus	Seite 8

# KONJUNKTURPAKET der deutschen Bundesregierung , Juni 2020

3.6.2020: [Ergebnis des Koalitionsausschusses](#) , [Pressekonferenz](#)

Der Bundestag hat das zweite Corona-Steuerhilfegesetz und den zweiten Nachtragshaushalt 2020 beschlossen: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-corona-steuerhilfe-700852>

## Einige Stellungnahmen /Analysen

### **Weder sozial.....**

- **Christoph Butterwege: Kein sozial ausgewogenes Konjunkturpaket:** Wohlstand für wenige, viele werden vergessen - [blog der Republik](#)

- **Oskar Lafontaine:** An den Abbau der Ungleichheit - 45 Deutsche „besitzen“ so viel wie die Hälfte der Bevölkerung - denkt die Bundesregierung nicht. (...) Viel notwendiger als die Absenkung der Mehrwertsteuer für ein paar Monate wäre eine dauerhafte Anhebung der zu niedrigen Löhne und Renten. (...) Die Bundesregierung traut sich noch nicht einmal, wie in Dänemark und Frankreich, Betriebe von der Förderung auszuschließen, die ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, große Dividenden ausschütten und ihren Managern viel zu hohe Gehälter und Boni bezahlen. [Blog](#)

- **Simon Zeise: Staat rettet Konzerne** - Regierung verabschiedet Konjunkturpaket in Höhe von 130 Milliarden Euro. Kaum Geld für Geringverdiener und Erwerbslose [JW](#)

- **Ulrich Schneider, Paritätischer Gesamtverband:** Es bleibt unbegreiflich, warum bei 130 Milliarden Euro so viele Arme völlig unberücksichtigt bleiben. (...) Zum Abschluss noch ein Punkt, der mich wirklich ärgert: Das Wort "Pflege" taucht auf den 15 Seiten des Entwurfs nicht ein einziges Mal auf, obwohl hier noch viel zu tun ist, wie die letzten Krisenmonate offenbar werden ließen. Bleibt zu hoffen, dass dahinter nicht die Ansicht steht, mit dem einmaligen Zuschlag von 1.000 Euro für Pflegekräfte und Standing Ovationen im Deutschen Bundestag wäre es getan. Denn das bleibt es garantiert nicht. - [Blog](#)

### **... noch ökologisch...**

- **Umweltverbände in Rheinland-Pfalz fordern sozial-ökologische Auflagen für Corona-Hilfen** – [Naturfreunde](#)

- **BUND: Rolle rückwärts abgewendet, aber kein Aufbruch in eine zukunftsfähige Wirtschaft** - [Text](#)  
Es fließen zwar etwa 30 Milliarden Euro in Bereiche, die für den Klimaschutz relevant sind. "Viele der Ausgaben haben jedoch die Zukunft nicht im Blick. Zu wenige Gelder fließen in die klimagerechte Gebäudesanierung. Die Wasserstoffstrategie manifestiert eine Importabhängigkeit. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft wird mit wenigen Geldern abgespeist und Naturschutz kommt nicht vor", so Bandt. "Auch Maßnahmen zum Ressourcenschutz, der

Kreislaufwirtschaft, Reparatur und Recycling sind nicht enthalten, obwohl sich hier viele zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen ließen."

- **Greenpeace: Klimagerechtes Konjunkturprogramm**  
- [9 Punkte](#)

### **... noch friedensstiftend**

- **Corona-Paket auch für die Bundeswehr**

"10. Der Bund wird in allen Bereichen prüfen, inwieweit geplante Aufträge und Investitionen jetzt vorgezogen werden können. Insbesondere sollen Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung, Sicherheitsprojekte sowie neue Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil, die noch in den Jahren 2020 und 2021 beginnen können, sofort umgesetzt werden. (Projektvolumen: 10 Mrd. Euro) (...) [Augengeradeaus](#)

- **Kooperation für den Frieden: Corona und Frieden vom 29.5.2020**

*Nicht nur das Virus gefährdet die Gesundheit, sondern auch die Maßnahmen gegen seine Ausbreitung bringen Gefahren für Gesundheit und Leben mit sich. Insofern ist die kritische Auseinandersetzung sowohl mit den „Corona-Maßnahmen“ als auch mit den Unterlassungen in der Prävention und in der Anfangsphase eine Aufgabe sozialer Bewegungen. (...) Jede Maßnahme, die jetzt politisch beschlossen wird, muss nicht nur auf ihre Sinnhaftigkeit in Bezug auf die Pandemie, sondern auch in Bezug auf die anderen großen Herausforderungen untersucht werden: die Klimakatastrophe, die nukleare Bedrohung, die Aufrüstungsspirale, das zutiefst ungerechte Wirtschaftssystem...*

*Außerdem darf es nicht durchgehen, dass die Krise genutzt wird, um sich öffentliche Diskussionen zu ersparen, wie beim Kauf der Atombomber versucht oder bei der Bewaffnung der Bundeswehdrohnen. (...) [mehr](#)*

-----  
**Rudolph Bauer (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE) : Digitalisierung im Konjunkturpaket: „Corona-Krise“ oder Krise des Kapitalismus? - [Nachdenkseiten](#)**

**Partei DIE LINKE: Zukunft – für wen? 9.Juni 2020**  
**Das Konjunkturpaket der Regierung - [Text](#)**



ACCÈS AUX SOINS  
POUR TOUTES ET  
TOUS PARTOUT



**16. Juni und 30. Juni 2020:**

## **Aktionen und Streiks des Pflegepersonals in Frankreich**

Coordination Nationale des comités de défense des hôpitaux et maternités de proximité

<http://coordination-defense-sante.org>

**Bündnis- Aufruf** (Wir haben sie applaudiert, jetzt müssen wir sie unterstützen);

**Aufruf von Attac FR**

### **Solidaritätserklärung von Attac Hamburg, 15. Juni 2020**

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den französischen Krankenhäusern,

wir erklären uns solidarisch mit euren Protesten und Streiks am 16. Juni 2020.

Schon vor der Corona-Pandemie hattet ihr über ein Jahr lang mit vielen Aktionen und Streiks gegen die Missstände im Gesundheitswesen protestiert. Die Reaktion der französischen Regierung begrenzte sich auf die Verteilung von Almosen.

In der Pandemie habt ihr euch für das Wohl der Patientinnen und Patienten sehr eingesetzt, ein Einsatz, der für manche von euch tödlich wurde, weil die elementarsten Schutzausrüstungen fehlten und die Gefahr der Ansteckung mit COVID-19 folglich groß war.

Wir empfinden Hochachtung euch gegenüber, verneigen uns vor den Gestorbenen.

Wir empfinden Wut gegenüber einer Regierung, die vorgibt, Menschenleben zu retten, aber die entsprechenden Maßnah-

men nicht trifft.

Wir fühlen mit euch – entgegen manchen Berichten von französischen Medien über unser Gesundheitswesen erleben wir die gleichen Missstände und erheben wir die gleichen Forderungen:

- eine bessere Bezahlung
- Einstellung von mehr Personal
- eine Krankenhausfinanzierung, die nicht durch Fallpauschalen bestimmt wird
- keine Schließung von Krankenhäusern
- keine Privatisierung der Krankenhäuser und Rekommunalisierung der schon privatisierten Krankenhäuser
- für jede und jeden den Zugang zu einer vollwertigen Gesundheitsversorgung, die nicht Profitinteressen untergeordnet wird

Wir wünschen euch, dass euer großes Engagement endlich zum Erfolg führt.

Mit solidarischen Grüßen

Attac Hamburg, 15. Juni 2020

### **Bündnis "Plus jamais ça" ("Nie Wieder")**

(Dokumentation in den SiG-Sondernummern [Nr.1](#) und [Nr.2](#))

**Das Bündnis hat im Mai 2020 seinen "[Plan zum Ausweg aus der Krise](#)" veröffentlicht**

*Die Übersetzung erscheint in SiG 137*

#### **Über das Zustandekommen des Bündnisses::**

Interview von **Aurélie Trouvé**, 4. Juni 2020 (auf französisch, [Regards](#) ),

Gespräch zwischen **Philippe Martinez (CGT)** und **Jean-François Julliard (Greenpeace FR)**, [Politis](#)

### **COVID19 - ein sehr politisches Virus - der Tag danach hat schon begonnen:**

**Ziel des Buchs:** "zeigen, wie die soziale Bewegung in ihrer Vielfalt in Frankreich und in der ganzen Welt reagiert, um sich sowohl dem Virus als auch den großen Mängeln des Staates und den Machtakeuren des Kapitalismus sowie den Arbeitgebern zu widersetzen, indem sie Solidarität und Lösungen aufbaut, die in der Praxis die Schädlichkeit der neoliberalen Politik und die Möglichkeit einer anderen Gesellschaftsform aufzeigen". auf Französisch – [download](#)

## **17. Juni 2020: Aktionstag gegen die weitere Vergiftung der Welt**

**Aufruf (FR, EN) von:** Youth For climate Paris, Génération Climat (Belgique), Notre-Dame-des-Landes Poursuivre Ensemble (44), Revue Parade, Extinction Rebellion Pepps, Union Syndicale Solidaires, Confédération Paysanne, Solidaires 44, Sud Rail

**Attac Frankreich und lokale Gruppen von Attac FR haben den Aufruf ebenfalls unterzeichnet.**

Bericht über die ca. 60 Aktionen: [Reporterre](#) - Bericht über eine Aktion gegen Amazon: [Attac FR](#)

Attac Frankreich: **"An der Seite der Arbeitnehmer, für dringende soziale und ökologische Maßnahmen"** :  
(In der **Autoindustrie** finden zurzeit Streiks gegen Betriebsschließungen und Personalabbau statt; dieser Text ist eine kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der CGT: soziale und ökologische Lösungen können nur gefunden werden, wenn man den Rahmen des Betriebs verlässt, um eine allgemeine Änderung der Produktion zum Ziel zu haben.

– Text auf Französisch [Attac FR](#)

**Attac Frankreich hat im Juni 2020 den „Appel « Ce qui dépend de nous » - manifeste pour une relocalisation écologique et solidaire“ veröffentlicht** (Das hängt von uns ab - Manifest für eine ökologische und solidarische Relokalisierung) – [E-Buch](#). – S. auch: [12 Punkte](#) "Das hängt von uns ab"

### **Das „Bürgerkonvent über das Klima“**

150 Menschen in Frankreich, per Zufall bestimmt – aber eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung –, haben sich seit Oktober 2019 an 7 Wochenenden getroffen, mit der Aufgabe, gemeinsam Vorschläge zur Senkung der Treibhausgase um 40% zu erarbeiten.

- **Abschlussbericht;**

- **Einschätzung von Attac Frankreich** (23. Juni 2020) : So gut diese Vorschläge sind, ein ökologischer Umbau wird nur durch den Aufbau eines anderen Kräfteverhältnisses, der den Einsatz vieler Menschen braucht.

- **Stellungnahme von Attac Frankreich** (29. Juni 2020): Macron hat schon wichtige Vorschläge abgelehnt (Sonderbesteuerung der Dividenden; Aufgabe von CETA; Beschränkung des Flugverkehrs) und für ihn hat die Wirtschaft Vorrang.

### **Vorfahrt für das Rad!**

*Coronabedingt wollen viele Menschen öffentliche Verkehrsmittel vermeiden; ökologische Überlegungen spielen ebenfalls für die Wahl des Fahrrads statt des Privatautos eine Rolle.*

Konzept vom "[taktischen Städtebau](#)", hier konkret geht es um die Schaffung von (breiten!!) Fahrradwegen, einfach mit Hilfe von einigen (Bau-)Schildern und Absperrungen und Zeichen AUF DEN STRASSEN, also schnell, kostengünstig und veränderbar auf der Grundlage der Erfahrungen der Bevölkerung ...  
[reporterre](#)



Maßnahmen von Städteverwaltungen zur Schaffung von breiten Fahrradwegen auf den Straßen / Aktionen für solche Fahrradwege:

<https://twitter.com/hashtag/coronapistes>

In Paris zusätzliche 50 km "provisorische" Fahrradwege - [Artikel](#)

**"Das darf nicht nur provisorisch sein!"** sagen die im **'Plan zum Ausweg aus der Krise'**

zusammengeschlossenen Organisationen - *Maßnahme 32 (Übersetzung der gemeinsamen Erklärung erscheint in SiG 137)*

60 Millionen Euro will die französische Regierung einsetzen als Unterstützung für die Schaffung von Fahrradwegen und Parkmöglichkeiten für Fahrräder, aber auch für die Reparatur von Fahrrädern (50 Euro Zuschuss) und Beratung / Training für Menschen, die jetzt neu aufs Rad steigen.

- Bericht über Fahrrad-Schulen [reporterre](#)

**"Partizipativer Städtebau" - eine Initiative in Kanada**

- <https://participatoryplanning.ca/media>